

Correspondent

Ercheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIV.

Leipzig, Donnerstag den 18. Juni 1896.

№ 68.

Achtung! Bestellungen auf das III. Quartal des Corr. wolle man im Interesse geregelter Lieferung umgehend veranlassen. — Nachlieferungen finden nicht statt.

Zur Tarisbewegung.

Wohl noch nie sind die Ansichten innerhalb der Kollegenchaft so divergierend, noch nie der Meinungskampf ein so erbitterter gewesen als in diesem Augenblick. Alles steht in Spannung den kommenden Dingen entgegen; hängt ja doch von den Entschlüssen, die demnächst von den Kollegen gefordert werden, das Wohlergehen vieler Tausend ab.

Hätten wir auch schon manchen harten Strauß in unserer Organisation auszufechten, so gelang es doch bisher immer noch, die Gegensätze auszugleichen, die Hindernisse, die sich einer Verständigung entgegenstellten, hinwegzuräumen und die Streiter im Kampfe zu versöhnen. Dank der Disziplin unserer Mitglieder war es möglich die Klüfte, die sich zwischen den sich bekämpfenden Meinungsgruppen gebildet hatte, zu überbrücken und eine Einigung herbeizuführen, zum Wohle des Ganzen!

Bei der Art und Weise des Kampfes, wie er namentlich von dem sich in der Offensive befindlichen Teile der Mitglieder jetzt geführt wird, erscheint es fast ausgeschlossen, diesmal eine Verständigung herbeizuführen.

Da ist es denn die Pflicht eines jeden Kollegen, sich die Frage vorzulegen: „Welche Taktik ist die richtige? Die negierende unserer Corr.-Redakteurs oder die positive, wenn auch langsam schaffende unserer Zentralvorstandes?“

Als im Anfange dieses Jahres die Nachricht von der Anbahnung einer neuen Tarisgemeinschaft zu Ohren der Gehilfenchaft kam, da wurde der lang gehegte stille Wunsch manch eines Kollegen, an Stelle des Taris-Interregnums endlich wieder geordnete tarifliche Zustände treten zu lassen, erfüllt. Die Verhandlungen kamen und wenn sie auch die Hoffnungen bei weitem nicht erfüllten, welche man daran geknüpft hatte, so brachten sie doch immerhin neben einer Verfrüchtung der Arbeitszeit und einer geringfügigen Lohnaufbesserung die Basis zur weiteren geordneten Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Buchdruckergehilfen.

Gewiß wäre auch mir die Festlegung des Tarifes von Jahr zu Jahr bei kurzer Kündigungsfrist lieber als die Festlegung eines solchen auf 3 resp. 5 Jahre. Auch die Sonderstellung der Maschinenmeister entspricht nicht meinem Geschmacke, trotzdem bei unserer 11er Bewegung aus Zweckmäßigkeitsgründen von einer Seite dazu geraten wurde, der man das Präbital „reaktionär“ nicht wird geben können, ich meine von Seiten des Zentral-Organs der sozialdemokratischen Partei, des Vorwärts. Weiter würde ich den Kollegen der Druckstädte, die sich nicht der Einwohnerzahl von über 20000 erfreuen, gern, sofern sie den alten Tarif schon kennen, schon im eigensten Interesse, die Aufbesserungen gönnen. Ich will ganz besonders betonen, daß ich auch zu den mit den Beschlüssen des Tarisausschusses Unzufriedenen gehöre, denn ich kann die Errungenschaften nur als ganz minimale bezeichnen, die absolut nicht dazu angethan sind, der Gehilfenchaft das Drückende ihrer Lage zu nehmen und sie auch nur annähernd zufrieden zu stellen. Dennoch bieten sie die Gewähr, daß anstatt der zerfahrenen Zustände geordnete und bessere treten.

Führte schon der bisherige Verlauf der Bewegung und eine ganz erhebliche Anzahl neuer Mitglieder zu, um wie viel mehr muß ein längerer Friedenszustand unserer Verbände in den Kreisen der Indifferenten, und noch fernstehenden, sowie in die Reihen der uns jetzt feindlich entgegenstehenden Kollegen Breiten legen. Eine Verallgemeinerung des Tarifes, eine Ausbreitung desselben auf die Orte, denen er sonst ewig unbekannt bleiben würde, ist gewiß ein nicht zu unterschätzendes Moment, das für ein Zusammengehen mit den Prinzipalen spricht. Daß die Organisation dieserhalb nicht verjumpt, dafür bürden die Tarisignoranten unter den Prinzipalen, die wohl niemals ganz aussterben, sowie die Unzufriedenheit der Mitglieder, die fortwährende Arbeit an dem weiten Ausbau des Gewerkevereins schon sorgen. Die Macht und der Einfluß unseres Vereines könnten auf diese

Weise so gesteigert werden, daß derselbe uns durch sein bloßes Bestehen das bringen könnte, was wir sonst nur mit schweren Opfern und mit zweifelhafter Aussicht auf dauernden Erfolg erringen können, den Achtstundentag!

Was vermögen uns nun die Gegner der Tarisgemeinschaft für einen Ersatz bei einer eventuellen Aushebung der gefassten Beschlüsse zu bieten? Gewiß werden sie doch als ehrliche Kollegen ein Programm aufgestellt haben, was sie an Stelle der zu führenden „reaktionären“ (d. h. vernünftig denkenden) Führerschaft zu thun gedenken. — Weit gefehlt! Ihre Thätigkeit ist immer nur negierend, nörgeled, niemals besser machend, sie beschränken sich auf das Zerstoren und Zersplittern, das Aufbauen geht ihnen zu langsam, das Erhalten des Bestehenden ist bei ihnen als „konserbatio“ verschrien.

In den vordersten Reihen dieser Opposition marschieren die unglücklichen Opfer der heutigen Produktionsweise, jene Beschwögel, die von einer Ausbittungskondition in die andere wandern oder auf der Landstraße von Ort zu Ort gestochen werden. Diese Kollegen, durch das Mißliche ihrer Lage verbittert, haben den Glauben an eine Besserung der Verhältnisse auf friedlichem Wege fast verloren, andererseits haben sie auch nichts zu riskieren, rein gar nichts zu verlieren, im Gegenteil lockt manch armen Teufel der geringe Vorteil, der während der Dauer eines Streiks für ihn herauspringt, zum Eintreten für eine gewaltsame Durchführung der Gehilfenforderungen. Verstärkt wird die Gegnerschaft des friedlichen Thuns und Handelns noch durch die in den sozialdemokratischen Parteiblättern konditionierenden Kollegen, die im Sinne ihrer Wortgeber zu handeln glauben, wenn sie sich möglichst rabattal gebenden; ihre Stellung ist ja gesichert, was geht sie die Allgemeinheit an, wenn nur die politische Partei prosperiert, dann haben auch sie Vorteile. Bewußtlosig wird die Heeresfolge durch die Opposition aus Neigung und Beruf, durch die Kräfte der und Schreier, die, wie Chau sein Erbgut um ein Unjengericht, ihre Meinung für einen „Nordhäuser“ verkaufen.

Was geschieht nun, wenn diese Elemente Herren der Situation werden, wenn diese Leuten die führende Rolle in unserer Organisation übernehmen?

Die nächste Folge ist, daß durch das Umstoßen der Beschlüsse des Tarisausschusses die Prinzipale sämtliche gemachten Zugeständnisse zurückziehen, ja vielleicht noch weitergehend ihren Reduktionsgesellisten freien Lauf lassend, da ein Tarif für sie nicht mehr existiert. Ein Tarisinterregnum, weit schlimmer als das verfloffene, das durch das Bürgersinn-Döblinger Abkommen so wesentlich gemildert wurde, wäre die aller nächste Folge. Die Kollegenchaft ist gespalten; diejenigen, denen man das Wenige wieder genommen, sind erbittert, aber diesmal nicht gegen die Prinzipale, sondern gegen diejenigen Kollegen, welche die Veranlassung dazu gaben.

Die Letzteren können aber das verlorene Gegangene nur durch einen Streik wieder gewinnen wollen, ja, aber ein Streik bei der Zerrissenheit und Zerfahrenheit innerhalb der Gehilfenchaft, hat er Aussicht auf Erfolg? Wer bürgt dafür, daß wir nicht statt eines wirtschaftlichen Aufschwunges einen Niedergang zu erwarten haben. Haben wir doch in der letzten Zeit, wie mir Kollege Wajsch selbst bestätigen wird, im allgemeinen eine ganz besonders günstige Geschäftskonjunktur gehabt. (Vber Herru W. S. Gefinnungsgehosien befreiten es! Med.) Erfahrungsgemäß dauert die Zeit des Aufschwunges nur kurze Zeit, die Perioden des Niederganges werden länger und immer länger; die Ausnahmen auf flotten Gange des Gewerbes in den nächsten Jahren sind ganz schwach.

Der Streik ist immer ein gewagtes Spiel, ein zweischneidiges Schwert, das oft denen, die es nicht ganz geschickt gebrauchen, diese Wunden schlägt. Bei der Uneinigkeit in den Reihen der Kollegen, bei unglücklicher Geschäftslage ist eine Niederlage gewiß und dann — Wenn der Verein nicht ganz dabei zu Grunde gegangen ist, so wird ein Jahrzehnt nicht hinreichen, das Verlorene wieder einzubringen. Haben denn die Kollegen ganz und gar das Unglücksjahr 1876 vergessen, haben sie die traurige Zeit von 1876 bis 1885 ganz aus dem Gedächtnisse verloren?

In zehn Jahren jedoch wollen wir, die Vertreter des friedlichen Weges in der Gewerkschaft, nicht auf dem alten Standpunkt oder gar einem schlechteren stehen, wir

wollen, wenn auch weniger schnell, aber um so sicherer und fester vorwärts strebend, das Ziel unserer Wünsche, den Achtstundentag, haben und wir werden ihn haben, wenn der sachlich und vernünftig denkende Teil der Gehilfen die Oberhand behält.

Käufchen wir uns nicht, Kollegen, das Kapital ist übermächtig, das Unternehmertum wird uns geschlossen gegenüberstehen, unsere Prinzipale werden uns bis an die Zähne gewappnet entgegenreten, wenn wir ihnen als Feinde nahest. Gutenberg-Bund, Sechsmaschine, Behörden, alles wird auf ihrer Seite stehen.

Und wenn wir dann schließlich in das Nichts zurückgeschleudert werden, dann mögen sich die Kollegen bei denen bedanken, die sie in den Streik geführt haben, die nicht vermochten, ihre persönlichen Empfindungen zum Wohle des Ganzen zu dämpfen.

Kollegen! Noch ist es nicht so weit! Prüfe jeder ruhig und sachlich die Verhältnisse, halte sich jeder die Verantwortlichkeit seines Wirkens vor und der Friede wird die Herrschaft gewinnen und behalten.

Berühren ist leichter wie Aufbauen, Zersplittern leichter wie Zusammenfügen und Kräftigen. Eine einzige unüberlegte Handlung kann das Geschaffene von Jahrzehnten in Frage stellen oder gar beseitigen.

Drum, Kollegen, seid Euch der Tragweite eures Handelns voll bewußt und behaltet eines fest im Auge bei euren Entschlüssen:

Das fernere Bestehen unserer Organisation!
Berlin. Albert Wagner.

Ein ruhiges Wort in bewegter Zeit!

Wenn die Situation wirklich nicht so ernst wäre, man könnte ein Rädeln über den Zustand zwischen dem Verbandsvorsitzenden und dem sich ihm anschließenden Corr.-Redakteur nicht unterdrücken. Angesichts jedoch der Thatsachen, welche dieser Streik zeitigt und die ganze Gehilfenorganisation kompromittiert, vergeht jedem unbefangenen denkenden Buchdrucker der Humor, und es drängt sich ihm die Notwendigkeit auf, sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen und sich selbst ein Urteil zu bilden.

Stellen wir also einmal jede Rücksichtnahme auf Person und politische Ueberzeugung in den Hintergrund und betrachten wir dann die folgenden Fragen:

1. Was verpackt sich die Kollegenchaft von den Tarisverhandlungen?
2. Inwiefern wurden ihre Erwartungen erfüllt?
3. Wie ist die Einigkeit wieder herzustellen?

„Durch Schäden wird man kug“, sagt das Sprichwort; und das hat sich in Bezug auf uns Buchdrucker nicht nur 1891, sondern auch in der gegenwärtigen Bewegung wieder bewahrheitet. Ueber hat, trotz des enormen Schadens, den uns der Streik von 1891 verursachte, doch noch nicht soviel Klugheit vorgefallen, daß ein so großer Schaden, wie er der Gehilfenorganisation in gegenwärtiger Bewegung wiederum erwächst, hätte verhütet werden können. Immerhin war die Stimmung, mit welcher alle deutschen Kollegen in die Bewegung eintraten, eine viel zuverlässigere als 1891, das beweist schlagend die Dauer der „Mobilisierung“ der Kollegen, sodann auch die Einstimmigkeit der Forderung. Fast gar nicht, nur ausnahmsweise wurden einige Punkte den einzigen und hauptsächlichsten: „Kunstliche Arbeitszeit, 15prozentige Lohnreduzierung“ angefügt. — Wahrlich, man müßte an sich selbst zweifeln, wollte man die Begeisterung, welche damals zum Ausbruch kam, für ein Strohfeuer erklären! Nein, es war — abgesehen von einigen schwachen Seelen, die einer Begeisterung überhaupt nicht mehr fähig sind — es war der Ausbruch eines schon längst in der Tiefe rollenden Vulkanes, der alle mit sich riß und als flammendes Ungewitter an die Oberfläche trug! — Und wie kläglich, wie vernichtet nimmt es sich aus, wenn von den führenden Elementen dieses Ungewitters die Meinung ausgeht, „wir dürfen es zu einem Zusammenstoße nicht kommen lassen“ — oder: „die Kollegenchaft habe nicht den Mut, einen Kampf zu führen (!), sie sei nur deshalb so begehrt, weil die Prinzipale sich auf Verhandlungen eingelassen, erst dadurch hätte man Courage bekommen.“ (!) — Also der Aufmunterung durch die Prinzipale hat es bedurft, um eine Be-

wangung gegen sie in Fluss zu bringen. Allerdings, wenn man von der gesamten Kollegenschaft eine solche Meinung hegt, dann ist es nur verwunderlich, daß man es überhaupt noch für notwendig gehalten hat, sich so lange und so redlich mit den Prinzipalen herumzudauern! Denn eine solche Meinung ist doch ein offener Zweifel an der Energie der Kollegen und an der Stärke der Organisation. — Doch damit genug!

Der ominöse M. O.-Artikel der Zeitschrift f. D. A. (Halten wir heute für „bestellte Arbeit“, Red.) ließ wohl darauf schließen, daß die Prinzipalität einen Vorstoß erwartete; ihr Entgegen aber war kein geringes, als in ein paar Tagen die gesamte Kollegenschaft auf dem Kampfplatze stand! So gewaltig hatte sich die Prinzipalität eine Bewegung nicht vorgestellt, denn sonst hätte sie jedenfalls, nach all dem, was jetzt vorgefallen zu urteilen, nicht um eine Hefersfrist nachgedacht, sondern hätte es auf den Kampf ankommen lassen. Und es konnte auch gar kein Zweifel darüber herrschen, daß die Gehilfenschaft einen entscheidenden Sieg errungen hätte, wenn sie an diesem Zeitpunkt einen Kampf gewagt hätte. So gut man jetzt sagt, wir wollen erst einmal die 9 1/2 stündige Arbeitszeit einführen lassen, und dann bei passender Gelegenheit die Tarifgemeinschaft abschütteln, ebensogut kann man behaupten, daß die Kollegen die ertägten Erfolge trotz schlechter Konjunktur oder sonstiger depressiver Momente auch festgehalten hätten, ohne von einer Tarifgemeinschaft und ihrem Anhängel behelligt worden zu sein. — Kurz, die Kollegen hätten sich der Hoffnung hingeeben, das zu erreichen, was sie forderten. Das, was jetzt aber erreicht worden ist, wird von der großen Mehrzahl weder als eine Erfüllung noch als eine Scheiterung ihrer Forderungen angesehen — es ist weder warm noch kalt und deshalb ungenießbar!

Der „Anfang vom Ende“, oder richtiger der Anfang zum gegenwärtigen Streite wurde unmittelbar vor den Verhandlungen des 11. März gemacht, indem die Verhandlung an die Gausvorsitze ein Zirkular, die Negation des Kampfes betreffend, erließ. Von hier an datiert unlegbar die Sonderstellung der Leitung und der Gehilfenvertreter gegenüber der gesamten Kollegenschaft und gegenüber dem Corr.-Redakteur. Warum überließ man denn die Annahme oder Verwerfung der Leipziger Resolution vom 11. März nicht dem ungerärbten Urteile der Kollegen? Wirte vielmehr mit allen Mitteln darauf hin, daß die Resolution angenommen würde und auch angenommen worden ist? Daß der günstige Zeitpunkt für einen Kampf vorüber war, — daß eine bedenkliche Entmutigung angesichts einer gegebenen Verhandlungsstatistik Platz gegriffen hatte, das wußte jeder interessierte Kollege selbst und wir wären, falls die Verhandlungen abgebrochen worden wären, keineswegs moralisch dazu verpflichtet gewesen, einen Kampf zu beginnen, der sehr wahrscheinlich, da die Verschleppung der Verhandlungen auch noch Unelmigkeit unter den Kollegen (den ersten stichlichen Erfolg der Prinzipale) gestiftet hätte, für uns mit einer Niederlage endigt hätte. Wir konnten ruhig den Prinzipalen erklären: Gut, wenn ihr uns nicht zuguniltigt gebt, was wir begehren fordern, kommen wir zu gegebener Zeit wieder! Damit braucht aber nicht gesagt zu sein, daß wir kommenden Herbst von neuem an die Prinzipale hätten herantreten müssen. Im Gegenteil, wir hätten uns Zeit nehmen können, durch eine obligatorische Tarifsteuer unsern Kriegsfonds zu stärken und nebenher eine lebhaftige Agitation für unsere Forderungen ins Werk zu setzen, abgesehen davon, daß die dann eintretenden Maßregelungen schon das Ihre dazu beigetragen hätten.

Nichts von alledem! Die Verhandlungen wurden eben trotz des lauten Protestes fortgesetzt und kategorisch erklärte man, „was ich jetzt thue, das weißt du nicht, du wirst es aber hernach erfahren“. Die Frage: ob denn auch die Kollegen mit unserm Handeln (und „Handel“) einverstanden sein werden, scheint den Gehilfenvertretern nicht in den Sinn gekommen zu sein, denn sonst hätte man sich nicht so ohne weiteres über die Warnungen hinweggesetzt, welche hier und da, namentlich in der Provinz, laut wurden. Man hat offenbar die Totenstille, welche während der Verhandlungsperiode unter den Buchdruckergehilfen wieder eingetreten war, für ein günstiges Zeichen, für eine allgemeine Zustimmung gehalten. Hätten sich nur die Vertreter einmal gründlich von der wahren Stimmung unter den Kollegen überzeugt, sie würden schnellst „Recht“ gemacht und die Verhandlungen den Prinzipalen allein überlassen haben! Diese Stille unter den Kollegen war die Stille vor dem Sturm, der über die Abmachungen nacheinander ausgebrochen ist, und auch ohne die Initiative des Kollegen Gash einmal zum Ausbruch gekommen wäre.

Man täuscht sich sehr, wenn man meint, diese Komtariffbewegung sei eine vom Kollegen Gash aus persönlichen Absichten entsprungene und künstlich in Fluss gehaltene. Es ist überflüssig, immer wieder darauf hinzuweisen, daß der Redakteur des Corr. nur durch das Drängen der Kollegen und in Anbetracht der Erklärungen und Beschlüsse eines Teiles der Prinzipalität bezüglich der Einführung resp. Nicht-Einführung des Tarifes auf seiner Schreibweise und Stellungnahme gegen die Abmachungen in Berlin veranlaßt worden ist. Wenn man sagt: Ja, warum hat denn Kollege Gash uns nicht eher aufgeklärt, und warum ist er denn selber bis zu jenem Wendepunkte mit allem Einverständnis gewesen? So ist dem zu entgegen, daß Gash bereits vor den Verhandlungen des 11. März von der Unzulänglichkeit der Zu-

ständnisse überzeugt war und nur durch die Intervention des Vorstandes auf seinem Posten geblieben war. Als aber endlich der freisinnige Berg ein Räuschen gebar, das nicht einmal lebensfähig war, da hat er ohne Zweifel im Interesse des Verbandes gehandelt, wenn er die Kollegen vor der Annahme eines Sababers warnte. Hätte er erst, wie man jetzt vermittelnd meint, die Gausvorsitze oder die Leitung von seiner entgegengeleiteten Meinung und darauffolgender Handlungsweise in Kenntnis gesetzt, nun, dann würden wohl die „Segnungen“ des neuen Tarifes längst sanktioniert sein; der Redakteur Gash hätte man, „da er oft schwankt“, schon wieder „herumgebracht“, und er würde nicht das Sicherheitsventil einer hochgepannten Erregung geworden sein!

Es ist sehr bedauerlich, wenn man dem Corr.-Redakteur in öffentlicher Versammlung unter anderen nicht wiederzugebenden Beleidigungen vorwirft, er trachte nach dem Präsidentensitz! — Was jetzt hat doch Kollege Gash nur das Interesse der Gehilfen zu wahren gesucht, und das genügt. Sollte er trotzdem faktische Fehler begangen haben, so hat sich doch bereits die Mehrzahl der Kollegen mit ihm solidarisch erklärt und sein Vorgehen gut geheißen. Es ist doch nicht zu leugnen, daß der vom Kollegen Gash immer wieder hervorgehobene Satz der Unvereinbarkeit der Interessen des Arbeiters mit dem Interesse seines Ausbeuters, des Unternehmers, durch die Praxis schlagend bewiesen wird. Aus welchem Grunde können sich dann wohl die Prinzipale bewegen gefühlt haben, mit uns zu verhandeln? — doch nur deshalb, um dabei zu profitieren!

Es ist deshalb mehr denn je notwendig, eine Einigung der Parteien herbeizuführen, und zwar durch eine sofortige Abstimmung über die Tarifbeschlüsse. (Zit inwzischen durch die Einberufung der Generalversammlung erlebte. D. E.) Damit würde die Streitfrage begraben und die persönlichen Differenzen zwischen der Verbandsleitung und dem Corr.-Redakteur wären dann nur noch interner Natur. Auf die Kampfesweise zwischen den Gehilfenvertretern und dem Verbandsvorsitzenden einerseits und dem Corr.-Redakteur andererseits näher einzugehen, ist hier nicht der Ort; nur sei konstatiert, daß eine solche Kampfesweise, wie sie Kollege Döblin in seiner Erklärung in Nr. 64 zu führen beliebt, denn doch das Maß der persönlichen Verteidigung übersteigt.

Die Zeit wird lehren, daß es besser gewesen wäre, man hätte mit kaltsblütiger Offenheit die Sachlage den Kollegen klar gelegt — trotz des Gebotes der Verschwiegenheit, anstatt eine gefährliche Vormundschaftspolitik getrieben und die Kollegen für so wenig urteilsfähig gehalten zu haben, um über ihre eignen Prinzipien und Forderungen nicht selbst entscheiden zu können. Es muß zum Schluß nochmals wiederholt werden: Solange der Kollege Gash im Interesse des Verbandes handelt — und das läßt sich nicht leugnen —, solange wird der gewaltigste Ansturm seiner persönlichen Gegner ihm nicht schaden können, solange wird er der Unterstützung der Kollegen sicher sein, die sich mit ihm, ohne in eine Präsenstheorie zu verfallen, als Glieder der modernen Arbeiterbewegung fühlen und alles mitmachen, nur keinen Rückschritt. Erweist sich wider Erwarten vom Kollegen Gash das, was ihm jetzt in beleidigender Weise, ohne auch nur den Schein eines Beweises erbracht zu haben, unterstellt wird, dann wird er ebenso auf die schiefte Ebene geraten, wie der Vorsitzende des Verbandes und die Gehilfenvertreter auf eine solche geraten sind.

Darum sei nochmals betont: der Selbsterhaltungstrieb gebietet uns, Spaltungen, sobald sie in der Organisation eingetreten sind, schleunigst mit dem Kitt der Solidarität wieder aus der Welt zu schaffen; dabei ist vor allen Dingen jede persönliche Keiberei als erschwerend aus dem Spiel zu lassen und nur sachlich zu prüfen, wie das Gelingen am besten wieder gut gemacht werden kann. Es ist zu bedenken, daß gegenwärtig der Verband in seinem Fundamente erschüttert ist, und sein Zerfall nicht allein uns zum größten Nachteil und zur Schande gereichen würde, sondern auch die gesamte organisierte Arbeiterschaft mit Bedauern erfüllen müßte!

Dresden.

P. Goitsch.

Die neue Tarifgemeinschaft und die Provinz.

Mächtig türmen die Wogen sich auf im Widerstreite der Meinungen, die über den Wert und Unwert der neuen Tarifgemeinschaft entstanden sind. Ein eigenartiges Bild entrollt sich dabei den Kollegen der Provinz; ganz abgesehen davon, ob durch die getroffenen Vereinbarungen zwei oder drei Mittelsklassen geschaffen werden, ist es doch absolut ausgeschlossen, daß unter der neuen Ära besseres geschaffen oder überhaupt ein Fortschritt erreicht werden kann. Denn Fortschritt ist es keinesfalls, wenn winzige Vorteile durch riesige Nachteile bedingt werden.

Es ist dazu nötig, die vergangenen Jahre regsten Verbandslebens, namentlich die 1891/92er Zeit, sich von neuem zu vergegenwärtigen. Damals war die deutsche Kollegenschaft einzig in der Ueberzeugung, daß eine tariflose Zeit besser sei als ein fortwährender, an Opfern reicher, aber an Erfolgen äußerst armseltiger Tarifkampf, der die Kollegen unnötig in Aufregung und gerechtem Unwillen und Mißmut erhalten mußte.

Damals schüttelten wir das Joch ab, wir wehten glänzend die uns im Streite geschlagenen Scharten aus und die nachfolgenden Jahre haben es jedem, der die

Augen offen hielt, bewiesen, daß eine neue Blüte des Verbandes aufging.

Das Jahr 1891/92 hat die Kollegen allenthalben zur eifrigsten Mitarbeit an der Stärkung unserer Verbandsprinzipien angeeignet, ein gewaltig aufrührender Hoffnungsschimmer leuchtete in die erschöpften Gemüter neue Kraft und die Ueberzeugung, daß nur in der Einigkeit die Macht liegt. Jeder Kollege war sich bewußt, daß nach der Zeit eifrigen Sammelns eine Zeit ernsthen Handelns kommen werde.

Und diese Zeit schien jetzt gekommen. Mit Freuden wurde es begrüßt, daß unsre fortschrittliche Arbeit auf dem friedlichen Verhandlungswege vollbracht werden sollte. Die Auspizien schienen günstig und man schwelgte förmlich in dem Gedanken, daß die Prinzipale in einer Annäherung von Großmut den Gehilfen gefügig sein würden.

Welch trauriger Wahn! Bittere Enttäuschung über das „sauer Erworbene“ durch die deutschen Gaus bis in die kleinsten Winkel; die schlimmste und gefährlichste Seite ist doch schließlich die, daß der Körpergeist des Verbandes mächtig darunter leidet und leiden muß.

Die Früchte jahrelanger, erfolgreicher Agitation, die wir bisher zu verzeichnen hatten, kann nur der neue Tarif nicht bringen noch erhalten; im Gegenteil, er wird das, was zum Ausbau unsers Verbandes beigetragen, schmählich zerbröckeln zu einer formlosen, nichtsagenden Masse. Und das müssen wir verheßen!

Es ist auch eine absolut irrige Annahme, in den Provinzialstädten, zu denen natürlich auch die kleinsten gehören, bei Einführung neuer Tarifverhältnisse auf die Mitwirkung seitens der Nichtverbandsgehilfen rechnen zu können. Freilich nehmen diese jetzt durch Verbandsarbeit geschaffene Aufbesserung schmunzelnd in Empfang, im großen und ganzen bilden sie aber einen Stamm, der auch in Zukunft berufen ist, energisches Auftreten in der Tariffrage zu verhindern. Eine Aufbesserung aber auf Konto der Majorität in irgend einer Stadt zu erringen, können die Kollegen jetzt schon thun, ohne daß eine Tariflausel der Sache erst einen reglementsmäßigen Anstrich gibt, und wobei dem „Wenn und aber“ die süßende Rolle zugewiesen ist.

Eine Besserung der Gehilfenverhältnisse ist nur zu erreichen, wenn die gesamte Kollegenschaft auf bewährten sicheren Prinzipien ruht, im Verbandsvereinigt ist, um dadurch unseren Forderungen den gehörigen Nachdruck verleihen zu können. Um dies zu erreichen, bedürfen wir unausgesetzter, regster Agitation, da diese aber nach den neuesten Abmachungen vollständig illusorisch wird, so müssen wir auf letzte unbedingt verzichten.

Sinzu kommt noch, daß die auch jetzt wieder in den Vordergrund gehobene Bereitwilligkeit der Prinzipale, treu der Tarifarbeit sich zu widmen, doch nur leeres Geschwätz ist; sie geht nicht weiter, als der Egoismus es bedarf. Will die Buchdruckergehilfenschaft Deutschlands etwas erkämpfen, so kann dies nur geschehen im Bewußtsein der Kraft und Stärke, die im Verbands liegt. Und diese Kraft und Stärke kann der Verband nur dann sammeln und entwickeln, wenn er frei und ungehindert die Agitation betreiben kann. Weg also auch mit jenem Hemmschuh, der uns angelegt werden soll in Gestalt der Berliner „Beschlüsse“!

Schneidemühl.

Hr.

Zur Wahl.

Die außerordentliche Generalversammlung, die so laut gefordert wurde, ist nun „auf Antrag des Verbands Vorstandes“ einberufen, die Wahlen der Delegierten sind ausgeschrieben. Damit ist nun endlich der erste rechte Schritt gethan worden, um wieder in ein ruhiges Fahrwasser zu kommen. Zum zweitenmal in diesem Jahre soll die Gesamtheit der Mitglieder mit dem Stimmzettel dokumentieren, was sie will und was sie fordert. Hoffentlich hat sie gelernt!

Recht eines jeden Mitgliedes ist es wohl, bei einer Wahl seine Vorschläge zu machen. So sei dies auch mit gestattet, „unbeeinflusst“ von irgend welcher Seite.

Mit vollem Recht erkaunt wird wohl jeder denkende Kollege gewesen sein, als er das Protokoll der „Berliner Gerichtsitzung“ las, zu der die Herren Geschworenen, teils trotz ausdrücklichen Verlangens großer Kollegentreise, ihr nicht bezuwohnen, da ihnen die Kompetenz abzusprechen sei, sich wohl vollständig eingefunden hatten. Die Mehrheit entscheidet bekanntlich. Umso mehr muß es verwundern, wenn ein Gausvorsitzer dem Willen einer Minderheit sich beugt, dem Willen einer Minderheit gemäß auf „Suspensionierung“ eines der Mitglieder der Mitglieder werten Kollegen anträgt. Oder steht die Sache nicht so? Das „möglichst ausführliche“ Protokoll der Gerichtsitzung läßt leider vermischen, von wem der Kollege Dominé-Frankfurt beauftragt ist! Mit echt juristischer Findeklug suchte sich auch Kollege Klapproß-Hannover über die Kompetenzfrage hinwegzusetzen. Wir sind nun weit entfernt davon, einer Gausvorsitzer-Konferenz diese Kompetenz zuzusprechen; umso mehr, als, wie es scheint, auch von anderer Seite gesündigt worden ist. Ein Angeklagter kann unmöglich über einen andern zu Gericht sitzen, wie es hier der Fall war.

Die Ausage von dem, was die deutsche Gehilfenschaft an der Urne ziehen, und wir hoffen, „unbeeinflusst von Harmoniebulen“.

Mehr, weit mehr als sonst bei derartigen Wahlen steht diesmal auf dem Spiele. Jetzt muß es sich entscheiden, ob die Mehrheit der organisierten Kollegenschaft

Sich in das laudimische Joch begeben will; ob sie das in dreißig Jahren aufgebauete Gebäude verfallen lassen und im Vertrauen auf die herrliche Harmonie zwischen Kapital und Arbeit die Hände in den Schoß legen und geduldig abwarten will, bis ihr Glied um Glied vom Körper gerissen wird, oder aber, ob sie gelernt und nichts vergessen hat; ob sie endlich in ihrer Mehrheit begriffen hat, daß diese Harmonie ein Unding ist.

Wohl haben, um mit den Worten Döblins zu sprechen, die Verhältnisse der letzten Jahre gezeigt, wohin der fortgesetzte Kampfstandpunkt führt. Mit elementarer Gewalt zeigte sich dies am Anfange der jetzigen Bewegung. Abgesehen davon, daß die Organisation an Mitgliedergahl zugenommen hat, zeigte es sich da und wieder jezt, daß der fortgesetzte Kampfstandpunkt zur reinen Erkenntnis der Klassenlage, zur Erkenntnis dessen führt, daß zwischen Kapital und Arbeit eine Kluft existiert, die nicht durch schöne Worte und glatte Redensarten überbrückt werden kann, zur Erkenntnis dessen, daß wahre Vorteile niemals durch Güte, sondern stets und immer nur durch die Gewalt erreicht werden können.

Dies zu begreifen, das steht natürlich in erster Reihe den leitenden Personen zu. Wenn man aber zu seinen Leuten kein Vertrauen hat, wenn man sie als la Wasser-mann mit herabgekommene und besessenen Subjekten vergleicht, so kann diese Erkenntnis nicht da sein. Es zeugt mindestens von einem guten Geschmade, die Leute, die freudig ihre Kondition hinzugeben hätten für ihre innerste Ueberzeugung, mit derartigen Bezeichnungen zu belegen, wie es auch ein erhebendes Gefühl sein muß, sich als „Pascha“ über diese gestellt zu wissen. Diese Beleidigung wird die Kollegenschaft jedenfalls nicht vergessen in der kurzen Zeit bis zur Generalversammlung.

Man wird uns hoffentlich in Zukunft nicht weiter vorreden wollen, daß das Danaergescheh mit dem einhabenden Arbeitszeitverkürzung in Verbindung mit dem „Schnapsgroschen“ und der Tariftgemeinschaft ein Vorzeil ist. Die deutsche Kollegenschaft hat eingesehen, was es für sie bedeutet. Möge diese Erkenntnis bei der demnächst stattfindenden Wahl durchdringen. Wer jezt, nach den Ausführungen des ehemaligen „Genossen“ Kamm auf der Generalversammlung des D. V. B. in Berlin noch nicht klar ist, dem wird eben nie zu helfen sein, der mag sich die Nachtmüge nur gleich bis auf die Schultern ziehen.

Auf Herz und Nieren muß die deutsche organisierte Gehilfenchaft bei diesen Wahlen ihre Erwählten prüfen. Die Sache ist längst spruch-reif, heute kann es nur heißen: „Für oder gegen die Tariftgemeinschaft!“ Auf diese Lösung verpflichten die Wähler ihre Kandidaten. Ob Gauvorränder oder nicht, wähle die Kollegenschaft nur solche Männer, deren Parole ist: „Nieder mit der Tariftgemeinschaft, nieder mit der Harmoniedufele!“

Die zweite Sache, die ja recht unerquidlicher Natur ist, bleibe den Gewählten überlassen. Es scheint fast, als ob das überriedende Geschick noch nicht ganz aufgehört wäre, als wenn statt dem einen vorgesehene Angeklagten plötzlich zwei auf der Anklagebank sitzen würden. Die Bemerkung la la Wasser-mann würde wohl, falls sie sich bewahrheitet, dazu hinreichen. Den Schleiher also weg; wir wollen klar sehen! Recht soll und muß gesprochen werden!

Möge der Wahltag ein „Mene tekel“ für jede reaktionäre Bestrebung sein. Möge er durch die Wahl von erklärten Feinden der uns bewilligten „großartigen“ Errungenschaft jeder „Krebspolitik“ ein Ende machen und die Ruhe im Verbanne wieder herstellen. Dann aber: stramme Disziplin, die Mehrheit entscheidet.

Noch die Kampforganisation!

M.—dt.

H.—n.

Korrespondenzen.

Annaberg. Die hiesige Mitgliederschaft nahm in ihrer geistigen Versammlung den Bericht über den in Woldau abgehaltenen Goutag entgegen und nahm im Anschlusse hieran einstimmig folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung der Mitgliederschaft Annaberg erklärt sich mit der Handlungsweise des Corr.-Redakteurs Herrn Gaisch nicht einverstanden und bringt dem Zentralvorstand ihr vollstes Vertrauen entgegen.“

Kl. Apolda. Der hiesige Ortsverein lehnte einstimmig die Abhaltung eines Goutages ab. Als Kandidaten für die Generalversammlung schlug man vor: Michaelis-Erfurt, Fiedler-Jena und Weier-Gera. Erstere beiden, viel bekannt im Gau, werden wohl die meiste Aussicht haben gewählt zu werden. An sämtliche Mitgliederschaften des Gaues Osterland-Thüringen ergab daher die Aufforderung, festgeschlossen für unsere vorgeschlagenen Kandidaten einzutreten, denn wir haben die Gewißheit, daß dieselben sich kein X für ein U vor-machen lassen und auf keinen Fall dem Vorsitzenden Döblin in das Hirsch-Rundersee Lager folgen.

Aussberg. In der am 13. Juni hier abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die anwesenden Kollegen des Ortsvereins Aussberg, Bezirk Hagen, sprechen ihr tiefstes Bedauern aus über die Unzufriedenheiten zwischen dem Corr.-Redakteur und dem Zentralvorstande, hoffen jedoch, daß beide Parteien bald zu der Einsicht gelangen, daß das Ansehen und das Renommee des Verbandes, welches die

Buchdrucker so lange besitzen, in einer so wichtigen Zeit zu wahren und zu fördern sei und der Corr. (unser Organ) wieder in die Bahn einlenke, die wir gewohnt sind. — Der Eisenber bemerkte aus ausdrücklichen Wunsch sämtlicher Kollegen in Arnberg, daß die Resolution nicht als gegen die sachlichen Ausführungen des Kollegen Gaisch gerichtet zu verstehen ist.

Barmen. (Zur außerordentlichen Generalversammlung.) Kaum ein Jahr ist vergangen, seitdem der Verband der deutschen Buchdrucker sein Par-lament tagen sah und schon wieder ergrübt sich die Notwendigkeit, dieses Parlament, unsere Volksvertretung, zusammenzurufen. Nicht gilt es das Wohl und Wehe der Kranken und Konditionslosen zu beraten, sondern diesmal handelt es sich um Sein oder Nichtsein des Verbandes. Erklärt die Generalversammlung sich für das Verhalten des Zentralvorstandes und gegen das des Corr.-Redakteurs, so wäre für unsere Organisation schlimmes zu befürchten; denn die überwiegende Zahl derer, welche längt die Tariftgemeinschaft verworfen, würde wohl schwerlich so leichten Kaufes einer Maßregelung des Dolmetzschens ihrer Meinung ihre Zustimmung geben. Leichter wäre es schon der Minderheit, sich damit zu be-freunden, daß der Zentralvorstand durch einen andern arbeiterfreundlicheren ersetzt würde. Denn: Im Prinzip sind sich wohl überdes alle Gehilfen darüber einig, daß vor allen Dingen das Tarifat mit seiner Tarift-gemeinschaft verworfen werden muß. Da nun aber der Zentralvorstand mit allen Fasern an dem Tarifat zu hängen scheint, so muß er eben mit demselben fallen! Nur auf diese Weise können wir uns Einigkeit wieder herstellen, die uns zum Kampfe für die Verkürzung der Arbeitszeit dringend not thut. Die kleineren Streitfragen sind wohl kaum im stand, uns größere Er-regungen zu bringen und werden deshalb leicht zu säch-lichen sein. Für alle diese Fragen hat aber die Kollegen-schaft eine sachliche Prüfung von vorurteilsfreien Männern zu fordern! Eine größere Zahl der Dele-gierten, welche die letzte Generalversammlung bildete, hat sich in letzter Zeit bereits einen Urteilspruch erlaubt, und da ich von diesen Kollegen, trotz gegenteiliger Er-schwerungen, glaube, daß sie auf dem in Berlin einge-nommenen Standpunkte beharren werden, so können sie als Richter in dieser Streitfrage nicht berufen werden und darum: **Keinen Gauvorfesher — keinen Ge-hilfenvertreter als Delegierten zur Generalversamm-lung!**

Blauenburg a. S., 14. Juni. Gestern Abend fand im Deutschen Hause hier eine vollzählig besuchte Ver-sammlung des Ortsvereins statt, in welcher u. a. die gegenwärtigen Vorgänge in unserer Organisation bezw. im ganzen Buchdruckerverbande einer eingehenden Bespre-chung unterzogen und nach reger Aussprache folgende Resolution angenommen wurde: „Die Mitglieder des Ortsvereins Blauenburg bedauern aufs lebhafteste den durch das zur unrichtigen Zeit erfolgte Vorgehen des Corr.-Redakteurs Gaisch hervorgerufenen Zwiespalt in den Reihen der Kollegen-schaft und hoffen auf eine für die Allgemeinheit erprob-liche Beilegung der unliebsamen Vorkommnisse. Sie sind ferner im Prinzip für eine Tariftgemeinschaft, können sich aber für eine fünfjährige Festlegung des Tariffs nicht erklären.“

p. Sodom, 14. Juni. In der gestern abgehaltenen von ungefähr 10 Mitgliedern besuchten Versammlung beschäftigte man sich u. a. auch mit den zwischen Zentral-vorstand und Corr.-Redaktion ausgebrochenen Zwistig-keiten. Man bebauerte dieselben allgemein, war aber der Ansicht, daß der Vorstand die größte Schuld an diesem Zerwürfniße trage; derselbe sei zuerst gegen Herrn Gaisch persönlich geworden. Man müsse Herrn Gaisch danken, daß er, wenn auch etwas spät, die Mitglieder auf die Gefahren der Abmachungen aufmerksam gemacht habe. Der Vorstand müsse mehr Fühlung mit den Mitgliedern nehmen. Das Verhalten der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen, besonders bei den Berliner Ab-machungen, wurde einer scharfen Kritik unterzogen. Die-selben hätten ja keinen leichten Stand gehabt, sich aber zu derartigen Abmachungen, wie die in Berlin verein-barten, nie und nimmer herbeilassen dürfen. Das zu schaffende Tarifat unterbinde ja den Lebensnerv unserer Organisation, das selbständige Wirken unsers freien Verbandes. Was die Prinzipale bezweckten, das zeige das Zubelegene der kapitalistischen Presse über die Ab-machungen. Es sei unverantwortlich, sich für solch minimale, noch dazu die Gehilfen in drei Klassen zer-splitternde Zugeständnisse auf fünf Jahre die Hände binden zu lassen. Obre die Verhandlungen hätten die Gehilfen jedenfalls mehr erreicht, denn gutwillig würden die Prinzipale, speziell in Rheinsand-Weisfalen, sich zu Zugeständnissen nie bequemen. Dem Vertreter dieser Prinzipale, Herrn Culbart-Castrop, sei ja von den Prin-zipalen das Recht abgesprochen worden, für eine Ein-führung des Tariffs sich zu verbürgen. Wir müßten deshalb auch die seitens unsers Vertreteres gegebenen Erklärungen als nicht bindend erklären. Folgende Re-solution, die mit allen gegen 7 Stimmen angenommen wurde, brachte die Stimmung der Versammlung zum Ausdruck: „Die Mitgliederschaft Bochum protestiert gegen die Beschlüsse der Tariftkommission bei den Verhandlungen in Berlin am 15. bis 19. Mai d. J., da dieselben nur Zwistigkeiten innerhalb des Verbandes hervorzubringen geeignet sind, und erblickt in der vereinbarten fünfjährigen Tariftdauer mit halbjähriger Kündigungskfrist einen Ver-stoß schwerster Art gegen die Interessen des Verbandes. Dem Gehilfenvertreter von Rheinsand-Weisfalen spricht

die Versammlung wegen seines Verhaltens einen besondern Tadel aus. Dergleichen erklärt sich die Versammlung gegen die Art und Weise, wie die Verbandsleitung gegen den Redakteur des Corr. vorgegangen ist und spricht Herrn Döblin wegen dieses und ihres sonstigen Verhaltens bei den Tarifverhandlungen ihr größtes Bedauern aus. Ver-sammlung wünscht, durch die jüngsten Tarifverhandlungen belehrt, für die demnächstige Generalversamm-lung Aufstellung nur solcher Kandidaten, welche noch als Gehilfen praktisch thätig sind.“ Es wurde beschlossen, unsern Vorsitzenden, Kollegen Schumann, als Kandidaten zur Generalversammlung in den Vorschlag zu bringen, Versammlung empfahl dessen Wahl den Mitglie-derschaften angelegentlich, wegen die Mitgliederschaft Bochum die aus anderen Mitgliederschaften vorgeschlagenen Kandidaten ebenfalls unterstützen würde. Zu der lombardiern Bezirks-versammlung in Tüffelberg wurde Kollege Weiter als Dele-gierter entsandt. Derselbe wird in einer in den nächsten Tagen stattfindenden außerordentlichen Versammlung darüber Bericht erstatten. Zu dieser Versammlung ist auch eine Einladung an den Gehilfenvertreter Petteuwerk-Essen ergangen, um demselben Gelegenheit zu geben, sich gegen die ihm in der Versammlung gemachten Vorwürfe zu verteidigen. Mit einem Hoch auf das unentwegte Zu-sammenhalten aller Mitglieder in unserm trotz aller Stürme nicht wankenden Verband und auf das fernere Gedeihen desselben schloß der Vorsitzende die Versamm-lung. — Das Johannisfest wird am 27. d. M. im Lokale des Herrn Wense gefeiert.

r. Breslau, 14. Juni. Die Donnerstag den 11. d. M. hier abgehaltene Vereinsversammlung zeitigte die Annahme einer Resolution gegen die Verbandsleitung und die Gauvorfände (s. offiziellen Vereinsbericht). Am 14. Juni fand nun abermals eine Vereinsversammlung statt, in welcher nach Erledigung von Johannisfest-Angelegenheiten und Entgegennahme des Gauberichtes der Fritz glückweis-Antrag „Aufstellung von Delegierten-Kandidaten zur Generalversammlung am 7. Juli“ ein-gebracht und angenommen wurde. Kollege Geyner machte wiederholt darauf aufmerksam, daß man keine befriedigende Antwort darauf gegeben habe, ob man den Willen der Mehrheit der deutschen Kollegenschaft als oberste Richtschnur gelten lassen wolle, in welchem Falle der Hauptvorstand und seine Organe (Gauvorfände) die allerwärts zum Ausdruck gekommenen Willensäuße-rungen keinesfalls wie es geschehen hätten ignorieren dürfen; Knebner forderte auf, nur solche Kandidaten für die Generalversammlung zu nominieren, die das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder auch dem Hauptvorstande gegenüber nicht preisgebenen gewillt sind und hoffte, daß diesmal die Generalversammlung keine Versammlung von Gauvorfänden sein werde. Kollege Gauvorfesher Schlag erklärte, daß er seine Gesinnung nicht wechseln könne, also nach wie vor für Tariftgemeinschaft sei und auch nur dafür wirke werde; das Gleiche erklärte Kollege Henze; die vorgeschlagenen Kandidaten Anders-Wal-denburg und Schliebs-Glogau gehörten ebenfalls in diese Kategorie. Kollege Langenmeyer beantragte nunmehr, aus Gerechtigkeitsgründen den Ver-ands-gewählten Schlesiens eine Kandidaten-Auswahl von acht Namen (vier gegen, vier für die Berliner Abmachungen betr. Tariftgemeinschaft) zu präsentieren, was Annahme fand. Nominiert wurden: für: Anders-Wal-den-burg, Henze-Breslau, Schlag-Breslau und Schliebs-Glogau; gegen: Geyner-Breslau, Jahnke-Breslau, Müller-Oppeln und Steinbach-Breslau. — An den Kollegen im Gauw Schlesien wird es nunmehr liegen, ob sie auf der General-versammlung einer Vereinsbeamtensliste zum Siege verhelfen wollen, oder ob sie gewillt sind, für alle Mit-glieder das Recht der freien Kritik und Meinungsäuße-rung ungeschmitten zu reklamieren. Die Kollegen Schlesiens werden im letztern Fall allerdings den Kan-didaten ihre Stimme geben müssen, die sich gegen die Berliner Abmachungen betr. Tarifat und Tariftgemein-schaft erklärt haben.

Dresden. Bericht der Gaumitgliederversammlung vom 13. Juni. Nach Wahl eines Schriftführers aus der Mitte der Versammlung und Erledigung des ersten und zweiten Punktes (Aufnahmen und Wahl von vier Revisoren) kam Punkt 3. Bericht über die Gauvorfesher-Konferenz, zur Verhandlung. Hierzu lag ein Antrag des Kollegen D. Schreiber vor, dahingehend, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und sofort in die Debatte einzutreten, da über die Verhandlungen ge-nügend im Protokoll berichtet worden sei. Dieser An-trag wird abgelehnt Kollege Wendische erklärt nun in längerer Rede seinen Standpunkt, der allerdings dem in letzter öffentlicher Versammlung g.haltenen Beschlusse diametral gegenüber steht. Er erklärt, nach Pflicht und Gewissen gehandelt und nur das Verbandsinteresse ge-wahrt zu haben. Betreffs des Passus, der sich in dem Zirkular des Zentralvorstandes Döblin vorfindet, die Gründung eines neuen Gewerkschaftsblattes betreffend, das Gaisch seinen Dresdner Dr.vershelfern zugesichert, meint Knebner, er hätte in Dresden aus davon gehört, doch kein Gewicht darauf gelegt, vielmehr die ganze Sache als Witz aufgefaßt; da aber bei der Konferenz K. appropro-Hannover das Gleiche gemeldet, sogar noch B. stimmter, so sei es ihm allerdings vorgekommen, als ob an dem Zeitungs-Gründungsgebeten etwas Wahres sein müße, infolgedessen habe er das auch in Dresden aufgetauchte Gerücht zum besten gegeben. S. in d. r. m. a. n. weißt darauf hin, daß die Gauvorfesher kein Recht hatten, über Gaisch zu Gericht zu sitzen. Man wäre selber ja und, daß es

jetzt so gekommen, man habe die Mitglieder absichtlich im Dunkeln tappen lassen, nun räche sich das. Den neu geschaffenen Tarif müsse jeder ehrlich denkende Kollege mit Entrüstung zurückweisen, denn er bilde nicht nur eine Gefahr für die Organisation der Buchdrucker, sondern für das ganze Koalitionsrecht der gesamten Arbeiterchaft. Man müsse die Harmoniebücherei zwischen Kapital und Arbeit beiseite werfen, da diese bei den jetzt bestehenden Verhältnissen geradezu ein Übel sei. Eine unüberbrückbare Kluft trenne Prinzipal und Gehilfen. Man solle nicht an eine Spaltung der Gehilfenchaft denken, die Parole dürfe nicht heißen „Die Gasse, die Döblin!“ sondern „Fort mit der Tarifgemeinschaft!“ Dies würde sofort wieder alle Kollegen einig werden lassen. Allerdings müsse man sich dann der modernen Arbeiterbewegung mehr anschließen. Kollege Golbs: Wendische habe auf der Gewerbetagungs-Konferenz erklärt, in Dresden sei das Vereinsleben vergiftet — er (Redner) wisse nicht inwiefern. Allerdings setze er auf dem Standpunkte, daß es eine Opposition geben müsse, sonst komme die Gewerkschaft langsam in den Sumpf. Wendische wäre früher selber stark bei der Opposition engagiert gewesen, jetzt allerdings, seit er im Vorstande sitze, könne er keine mehr vertragen, jetzt vergifte sie seiner Meinung nach das Vereinsleben. Redner verwirft mit aller Entschiedenheit die tariflichen Abmachungen, die dem traurig gestellten Minimumgesetz noch auf weitere fünf Jahre ihr Los auf dem Hals lassen wollen, und stellt zum Schluß folgenden Antrag: „Die heutige Gewerkschaft stellt sich auf den Standpunkt der allgemeinen Versammlung vom 2. Juli; sie weist die Behauptung des Gewerkschafts-Vorstandes Wendische auf der Gewerbetagungs-Konferenz in Berlin, wonach das Vereinsleben im Dresdner Gau vergiftet sei, als den Tatsachen nicht entsprechend, entschieden zurück, und erwartet von der statzfindenden Generalversammlung eine für das Wohl unserer Organisation befriedigende Lösung.“ Kollege Wendische kommt auf das Zirkular zurück, welches in voriger öffentlicher Versammlung zirkuliert habe, das von 55 Kollegen unterzeichnet sei und ihn auffordere, eine Gaumitglieder-Versammlung einzuberufen. An der Hand desselben will er beweisen, daß das Vereinsleben tatsächlich vergiftet sei. Die Opposition, die man in Dresden treibe, sei keine Opposition mehr. Steinbrück ist auch für Opposition zu haben, aber sie solle nicht so schroff auftreten, sondern in gerechteren Formen gebracht werden. Man habe ihn angegriffen als denjenigen, der Gasse auf dem Dresdner Goutag ein Tadelvotum habe ausstellen lassen. Man solle nur das Protokoll von der letzten Stuttgarter Generalversammlung, Seite 114, nachlesen, da könne man sehen, daß er es auch gewesen sei, der damals den Antrag eingebracht, daß Gasse niemals aus seinem Rahmen herausgehen dürfe; das habe er jetzt gethan, und darum habe Gasse das Tadelvotum verdient. Gasse sei ein Streber und wolle Präsident des Verbandes werden. (Lebhafte Zwischenrufe.) Wenn es einmal an der Zeit sei, daß innerhalb des Verbandes ein Systemwechsel stattfinden müsse, dann sei er wohl der beste, der sich dagegen sträube, aber vorläufig sei dazu noch keine Ursache vorhanden. Daß man jetzt mit allen Mitteln gegen die Tarifgemeinschaft kämpfe, verheße er nicht; freilich sei nicht viel erreicht, aber man könne immerhin zufrieden sein, ohne Kampf soweit erreicht zu haben. (Zuruf: Wo denn?) Zum Schluß seiner Rede weist er die Angriffe der Parteipresse zurück und kritisiert den in Nr. 125 der Sächs. Arb.-Bzg. enthaltenen Artikel: Die Buchdrucker am Kreuzwege. Man bereite dadurch den Prinzipalen eine große Freude, daß man sich jetzt gegenseitig bekämpfe. (Lebhafte Beifall.) Kollege Golbs spricht sich gegen die Tarifgemeinschaft aus, ebenso Kollege Schneider, der außerdem Steinbrück und Wendische vorhält, hier gegen ihre eigene Meinung gesprochen zu haben. Schluß der Debatte wird beantragt, aber abgelehnt. Kollege Schäfer wendet sich in scharfen Worten gegen Döblin, der seine ihm „so kostbare Zeit“ dazu benutze, um in der Provinz herumzuziehen, auch in Dresden sei er etliche Male gewesen, habe es aber nicht für nötig befunden, den Dresdner Kollegen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung zu geben, nur seine Interessen habe er gewahrt. Die Kollegen Schleicher und Meyer polemisieren gegen Gasse. Letzterer meint, große Versammlungen hätten manchmal auch keinen Wert. Männer, denen man vor kurzem noch zugejubelt, würden jetzt als Verräter gebrandmarkt, wiewohl sie das nicht verdient hätten. Schwenzler ist weder Gassianer noch Döbliner, aber er will das dem Redakteur Gasse auf der Generalversammlung zugesandene Recht, nach eigenem Empfinden zu schreiben, gewahrt wissen. Er weist aus dem Protokolle der letzten Generalversammlung nach, daß man kein Recht habe, jetzt so gegen Gasse vorzugehen. In Sachen der Gewerbetagungs-Konferenz hätten die Mitglieder auch ein Wortchen mitzusprechen gehabt, deshalb habe auch er das vorhin von Wendische angezogene Zirkular unterschrieben. Schenk schildert die Folgen des Uler Streiks in den schwärzesten Farben, worin ihn Kollege Richter unterstützt, der sich schließlich zu der Behauptung versteht, der Bericht der Sächs. Arb.-Bzg. sei gefälscht, die große Mehrheit sei in der letzten Versammlung für Tarifgemeinschaft und gegen Gasse gewesen, was allgemeine Heiterkeit hervorruft. Hoppe hält Gasse vor, nicht recht zu handeln. Schluß der Debatte wird mit 168 gegen 78 Stimmen angenommen. Sindermann nimmt nochmals die Parteipresse in Schutz gegenüber den Angriffen der einzelnen Redner und empfiehlt die Resolution Golbs zur Annahme.

Steinbrück wirft Gasse nochmals vor, daß er die Disziplin durchbrochen habe, was ein ganz verwerfliches Unterfangen sei. Jeder solle sich einer Kontrolle unterziehen lassen, aber Gasse lehne auch diese ab, er müsse also Nebenabsichten damit verfolgen. (Zuruf: Anarchist!) Unsere gewählten Vertreter hätten mit den Prinzipalen ehrlich gerungen, sie treffe kein Vorwurf. Es gelangt die Resolution Golbs zur Abstimmung und zwar per Hammelsprung; sie wird mit 122 gegen 81 Stimmen angenommen. Schluß der Versammlung 1/3 Uhr früh.

Gissen. Die Mitgliedschaft beirath die gegenwärtige Lage und beauftragt das Zentralbüro mit dem Corr.-Redakteur und dem Zentralvorstande. Die Mitgliedschaft stellt auf dem Standpunkte des Redakteurs und hofft, daß durch die Generalversammlung völlige Klarheit im Verbande geschaffen wird.

Erfurt. Die heutige bewegte Zeit hatte die hiesigen Mitglieder am 13. ds. schon wieder zu einer außerordentlichen Versammlung zusammengeführt, um denselben Gelegenheit zu geben, geeignete Kandidaten zu der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes zu nominieren und zu letzterer überhaupt Stellung zu nehmen. Nachdem sich verschiedene Redner über die Berliner Gewerbetagungs-Konferenz in keineswegs schmeichelehafter Weise geäußert, da sich selbst über die Stimmung in den Mitgliederkreisen einem großen Irrtum hingeben schienen und zu einem vereinigten Vorgehen mit denjenigen Bezirken unsers Gauces, die unserer Meinung seien, eingetreten waren, beschloß man, als Kandidaten zur Generalversammlung die Kollegen Michaelis-Erfurt und Major-Gera (Lehrer an Stelle des vorgezogenen, aber Verzicht leistenden Kollegen Byer-Gera) den Mitgliedern in Vorschlag zu bringen. Zugleich wurde alleseitig der Wunsch ausgedrückt, diese Kandidaten sofort den übrigen Mitgliedern des Gauces mit der Bitte bekannt zu geben, ihre Stimmen auf dieselben zu vereinigen, da diese gewillt seien, vor allem die in unserer Mitgliedschaft zum Ausdruck gebrachten und schon im Corr. publizierten Ansichten zu vertreten. Im weiteren wurde verschiedentlich der Einführung der Abstimmung über wichtige Vereinsangelegenheiten das Wort geredet und ein dahingehender Antrag angenommen, der der Generalversammlung zur Beratung überwiesen werden soll. Eine beantragte Aenderung des § 1 Abs. b (Streikung der Worte „der vom Vorstande“) findet trotz mehrfachen Widerspruch mit allen gegen zwei Stimmen Annahme. Die angeregte Einführung eines Ausschusses findet wenig Sympathie und zwar aus denselben Gründen die schon auf früheren Generalversammlungen geltend gemacht wurden. Der bei Gelegenheit der Breslauer Generalversammlung schon gestellte Antrag, die Diäten der Delegierten auf 8 Mk. pro Tag festzusetzen, wird wieder eingebracht und fast einstimmig angenommen. In einer alleseitig gebilligten Resolution protestiert sodann die Versammlung ganz entschieden gegen die bei Eröffnung der Gewerbetagungs-Konferenz vom Verbandsvorsitzenden geäußerte Äußerung, daß sich die Mitglieder durch Vertrauenspersonen Gasse hätten dirigieren lassen. Am hiesigen Platze, wo man in Enden Vorstand contra Gasse um des lieben Friedens willen schon eine Resolution scharferer Tonart ablehnte, um eine solche milderer Auffassung anzunehmen, ziele dieser Vorwurf absolut nicht, da man hier auch ohne fremde Beihilfe sich eine eigene Meinung bilden könnte. Zum Schluß der Versammlung wird von einer Seite noch in Vorschlag gebracht, beim Verbandsvorstand anzuregen, zum ersten Punkte der Generalversammlungs-Tagesordnung einen Referenten und einen Korreferenten zu bestellen und als letzteren den Kollegen Gasse ins Auge zu fassen.

H.-Frankfurt a. M. In der am 8. Juni abgehaltenen, leider schwach besuchten öffentlichen Drucker- und Maschinenmeister-Versammlung wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erklärt sich vollständig mit der am 30. Mai in einer allgemeinen Buchdrucker-Versammlung angenommenen Resolution einverstanden; sie erblickt in der Schaffung einer Tarifgemeinschaft mit den jetzt festgelegten Vereinbarungen eine Schädigung unserer bisherigen Verbandsstatut und in der sofortigen Einberufung einer Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker den einzig richtigen Ausweg, um eine allgemeine klare Richtschnur für die zukünftige Aufgabe des Verbandes festzulegen. Ferner werden die Drucker und Maschinenmeister allerorts aufgefordert, mehr als jeher dahin zu wirken, daß in Zukunft bei allen allgemeinen Verhandlungen des Verbandes, wie Generalversammlungen, Goutagen usw. auch organisierte Drucker oder Maschinenmeister als Delegierte zu wählen sind, um bei allen speziell technischen Angelegenheiten ihrerseits einen richtigen Entscheid herbeiführen zu können.

dt. Frankfurt a. M., 12. Juni. Die gestern abgehaltene Bezirksversammlung sagte nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen den Beschluß, den Punkt 2 der Tagesordnung, Bericht über die Gewerbetagungs-Konferenz und das Verhalten des Redakteurs des Corr. Gasse, von der heutigen Tagesordnung abzusetzen und zu dessen Erledigung eine besondere Mitglieder-Versammlung auf Montag den 15. Juni einzuberufen, an welcher teilzunehmen dem Kollegen Gasse, welcher, wie ein Mitglied mittelste, zu diesem Zweck in Frankfurt anwesend sein wird, Gelegenheit gegeben werden soll. Ein aus der Versammlung gestellter Antrag, den Verbandsvorsitzenden Kollegen Döblin zu dieser Versammlung ebenfalls einzuladen, fand einstimmige Annahme. Zu Punkt 3, Be-

schlußfassung über Beteiligung am Frankfurter Arbeiter-Sekretariat und event. über Ausbringung der Mittel für dasselbe, sprachen sich die meisten Redner sympathisch aus, erklärten jedoch, daß der Verband als solcher sich nicht verpflichten könne, eine obligatorische Steuer hierzu zu erheben. Es wurde deshalb von einem diesbezüglichen Abstimmungsbeschluß abgesehen. Unter verschiedenen kam noch die Angelegenheit des Verhaltens der hiesigen „Volksstimme“ unserer Organisation gegenüber zur Sprache. Von einigen Rednern wurde scharf getadelt, daß ein Kollege meistens falsche und unsere Organisation nur schädigende Artikel in die Spalten dieses Blattes brachte. Dieses Verhalten wurde von sämtlichen Kollegen verurteilt. Der vom Kassierer verlesene Massenbericht bilanzierte mit 6123,90 Mk. Ferner wurden noch einige Kollegen, welche längere Zeit rezitierten, dem Gauvorstande zum Ausdruck empfohlen.

r. Frankfurt a. D. Die am 9. Juni hier abgehaltene gutbesuchte Mitglieder-Versammlung beschäftigte sich u. a. eingehend mit den Leipziger resp. Berliner Tarifabmachungen. Die äußerst lebhafteste Debatte zeitigte die einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die heutige Versammlung des Ortsvereins Frankfurt a. D. erklärt sich mit den Berliner Tarifabmachungen nicht einverstanden. Insbesondere protestiert sie gegen eine fünfjährige Festlegung dieses sogenannten Tarifs. Sie fordert den Gehilfen-Vertreter auf, den weiteren Verhandlungen am 17. Juni fernzubleiben, event. sein Mandat niederzulegen. Die Versammlung hofft ferner, daß die einzuberufende General-Versammlung die unerquickliche Situation Döblin contra Gasse zur Zufriedenheit der Allgemeinheit regeln wird.“

Freiberg. In der am 13. d. M. stattgefundenen Monatsversammlung wurde mit 7/8 Mehrheit (15 gegen 8) folgende Resolution angenommen: „Die heute im Vereinslokale tagende Monatsversammlung der Mitgliedschaft Freiberg spricht ihr tiefstes Bedauern über die durch Herrn Gasse in unsere Reihen getragene Zwietracht aus, verurteilt aufs schärfste das Vorgehen gegen den Zentralvorstand sowie gegen die Gehilfenvertreter und Gauvorstände und spricht Herrn Gasse die Fähigkeit ab, objektiv und sachgemäß die Redaktion unsers Organes zu leiten, da in den letzten Nummern fast nur die persönlichen Interessen des Herrn Gasse vertreten sind. Herr Gasse wird aufgefordert, sein Amt als Gehilfenvertreter ebenfalls niederzulegen, damit eine Neuwahl stattfinden kann. — Des Weiteren spricht die Versammlung Herrn Döblin sowie den Herren Gehilfenvertretern und Gauvorständen für ihr stets massenhaftes und der Organisation zum Besten dienliches Eintreten den wärmsten Dank aus und erachtet die betreffenden Herren, nach wie vor ihre Kräfte voll und ganz der Organisation sowie unserm Gewerbe zu widmen.“

k. Gagen t. W., 14. Juni. Die gestern Abend hier abgehaltene Ortsversammlung, die sich eines starken Besuches zu erfreuen hatte, beschäftigte sich unter anderem recht eingehend, jedoch in durchaus sachlicher Weise, mit unserer gegenwärtigen Tarifbewegung. Bei dem Berichte des Bezirksvorsitzenden über die Bezirksvorsitzenden-Konferenz bezog die allgemeine Versammlung in Essen, wurde mit Bedauern von den Ausführungen des Gauvorstehers, Herrn Brauch-Essen, auf der Gewerbetagungs-Konferenz in Berlin gegen Herrn Gasse Kenntnis genommen, weil Herr Brauch dadurch dem ihm an die Hand gegebenen Mehrheitsbeschluß der obigen Essener Versammlung nicht Rechnung getragen hat. Die Ausführungen des Herrn Brauch betr. die „glänzenden“ Erfolge des Tarifs in Rheinland-Westfalen zur Begründung seines Standpunktes zu den „samojen“ Abmachungen wurden vom Vorsitzenden klar und treffend widerlegt. Ferner fand die immer mehr sich bemerkbar machende eigenmächtige Handlungsweise der Führerschaft unserer Organisation, des Gauvorstandes wie Zentralvorstandes ohne vorherige gründliche Anhörung des Willens der Allgemeinheit der Mitglieder eine gebührende Beurteilung. Es wurde betont, daß in unserer Organisation vor allem Wahrheit und Offenheit sowie das Recht der freien Meinung der Mitgliedern gegenüber streng gewahrt werden müsse. In Bezug auf den ewigen Streit über die Frage: Was ist politisch, was gewerkschaftlich? bemerkte der Vorsitzende mit Recht, daß es bei den obwaltenden Geistesverhältnissen, unter denen die verschiedenartigsten Auffassungen seitens der Gerichte zu Tage treten, schwer zu sagen sei, wo das Gewerkschaftliche aufhöre und das Politische anfangen. Wer sich durch das „rote Gespenst“, das ja so gern als Mittel zum Zweck auch bei den gewerkschaftlichen Bewegungen vorgeführt werde, einschüchtern lasse, dem sei nicht zu helfen. Unsommer müßten wir es bedauern, daß selbst im eignen Lager eine solch traurige Kampfesweise gegen Andersdenkende betriebs der Lenkung unsers Organisations-schiffes Platz gegriffen habe, wie dies z. B. aus dem Essener Allgemeinen Beobachter (Eigentum der Gehilfenchaft Rheinland-Westfalens) zu ersehen sei, dessen Macher doch alle Ursache hätten, aus gewissen Gründen sehr vorsichtig zu sein. Nach Austausch der Meinung über den Wert einer Tarifgemeinschaft sowie über den entstandenen Streit zwischen Döblin und Gasse kam es u. a. auch zu einer scharfen Kritik des bei den betr. Beratungen von Gasse vorgezogenen und mitberatenen Maschinenmeisterparagrapen und wurde hierbei bemerkt, in Folge der diesbezüglichen Haltung Gasse demselben kein volles Vertrauen aussprechen zu können, aber es würde auch anerkannt, daß die Arbeitszeit betr. der Maschinenmeister stets eine sehr kritische und schwierige Frage gebildet

hätte. Von einer Seite wurde darauf hingewiesen, daß gegenüber der großen Zahl der Nichtmitglieder in Rheinland-Weisfalen an einen erfolgreichen Streik nicht zu denken sei, und darum die Tarifgemeinschaft im hiesigen Gau für wohl angebracht gehalten. Von anderer Seite wurde ausgeführt, eventuell für eine dreijährige Festlegung der Tarifgemeinschaft sein zu können. Diejenige stand die Meinung gegenüber, daß eine Tarifgemeinschaft bisher erfahrungsgemäß verhältnismäßig sehr wenig oder gar nichts genützt habe, denn stets noch hätten nur die Gehilfen die Opfer dafür aufbringen müssen. Eine Tarifgemeinschaft in der jetzt vorgeschlagenen Form wurde von niemand befürwortet. In einem Schlusssatz wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nach dem gegenwärtig tobenden Gewitter des Meinungsstreites, welcher Weg für unsre Organisation der richtige sei, die gewünschte Klärung eintreten werde und damit die Beruhigung und Einigung der gegenwärtig erregten resp. besorgten Gemüter zum Wohl des Ganzen. Die Zukunft werde lehren, wer recht behalte. Hierauf kam es mit 22 gegen 10 Stimmen (ein Teil nahm eine abwartende Stellung ein) zur Annahme folgender Resolution: „Die am 13. Juni tagende Versammlung des Ortsvereins Hagen hält die seitens der Vertreter der Prinzipale und Gehilfen in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 15. bis 19. Mai in Berlin beschlossene Tarifgemeinschaft für einen Fehler, da erstens durch dieselbe die Aktionsfähigkeit unserer Organisation gelähmt wird und zweitens die Erfahrung gelehrt hat, daß die Prinzipale, trotz aller Versprechungen, die Einführung des Tarifs den Gehilfen allein überlassen haben. Aus diesem Grunde hält die Versammlung es für geboten, daß die Gehilfenvertreter der für den 17. Juni geplanten Sitzung zur Konstituierung des Tarifamtes fern bleiben. Der Redaktor des Corr. zollt die Versammlung ihre Anerkennung für die ausführlichen Darlegungen über das Wesen der geplanten Tarifgemeinschaft und ist ferner der Meinung, daß sowohl der Hauptvorstand wie die Gehilfenvertreter das Wesen für die Gehilfenarbeit bei den Beratungen haben herauszuschlagen wollen, daß sie sich jedoch der Tragweite ihres Zugeständnisses, den jetzigen Tarif auf fünf Jahre festzusetzen, nicht ganz bewußt gewesen sind.“ Als Kandidat für die Generalversammlung wurde unser Bezirksvorsitzer Kollege H. Schleifer aufgestellt.

r. **Hirschberg**, Schl. 9. Juni. Am Sonnabendabend hatten sich die hiesigen Verbandskollegen vollständig zusammengefunden, um nach Erlebung einiger interner Angelegenheiten (Mitgliederbefragungen usw.) sich mit dem anlässlich der letzten Tarifberatungen zu Tage getretenen unerwünschten Verhältnisse zwischen dem Corr.-Redakteur und dem Hauptvorstande bzw. dem dadurch in die Reihen unserer Organisation gefallenen Zwiespalt, welcher letzterer deren Kampffähigkeit gegenüber dem Unternehmertum zu schmälern imstand ist, zu beschäftigen. Einerseits wäre nicht zu verkennen, daß den Gehilfenvertretern eine große Aufgabe zur Lösung übertragen war, deren Endresultat den verschiedenartigsten Beurteilungen unterworfen ist und der Gehilfenarbeit in ihren Erwartungen eine Enttäuschung gebracht habe; andererseits mußte aber entschiedener Protest dagegen eingelegt werden, daß der Corr. seinen Lesern nur cum licentia superiorum einen „gemissten“ Stoff zur Verfügung bieten dürfe, denn die freie Meinungsäußerung sei auf alle Fälle dem Gehilfenorgane zu mahnen. Die folgende Resolution wurde mit allen gegen drei Stimmen angenommen: „Die Versammlung hält es für angemessen, unter den Mitgliedern des Verbandes in kürzester Frist eine Abstimmung über die Zweck- oder Angewandtheit der getroffenen Tarifabmachungen zu beantragen.“ — Eine längere Debatte über lokale Mißstände bildete den Schluß der Sitzung. — Der Buchdruckerbesitzer Julius Schmidt (Generalanzeiger für das Riesengebirge) wurde vom hiesigen Schöffengerichte zu 30 Mk. Geldstrafe event. sechs Tagen Gefängnis verurteilt, weil er drei Beiräte unter 16 Jahren in den Jahren 1895 und 1896 fortgesetzt über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus beschäftigt hat. Sch. meinte, daß ihm das Recht zustehe, die Beiräte nach Belieben (!) „murksen“ zu lassen und motivierte das mit „erlebensfähigen“ Zweden, er habe die Gehilfen in spe in die Gehetnisse des Expedientens vorbenannt, „unparteilicher“ Zeitung einzuweihen wollen. Der Vertreter des Staatsanwaltes legte ihm aber den Standpunkt klar und tadelte seine Humanität mit 50 Mk. Geldstrafe. Herr Schm. beschäftigt jetzt neben 7 Gehilfen 8 Beiräte und stellt vorzugsweise Jungausgelernte für 15 Mk. ein, Bezahlung für Überarbeit 20 Pf. pro Stunde und eventuell tagtäglich diverse Schwelcheiten. Besagt Herr Schm. Mitglied des Deutschen Buchdrucker-Vereins.

Karlsruhe. Der erst drei Tage vorher abgehaltenen Versammlung folgte am Dienstag, den 9. Juni, eine weitere gut besuchte Ortsvereinsversammlung, um einen Bericht des auf der Rückreise begriffenen Gauvorsitzers Goldschagg entgegenzunehmen. In etwa einstündigem Vortrag entwickelte der Referent ein Bild über die Entstehung der Bewegung, berührte die Tätigkeit der Gauvorsitzenden bei früher stattgehabten Konferenzen, im Oktober v. J. sowie im Januar, und erklärte die referierte Stellungnahme der Vorstände gegenüber der Bewegung als eine den gewerblichen Verhältnissen entsprechende. Auf die gegenwärtige Konferenz näher einzugehen, verbeide er vorerst unter Hinweis auf das erziehende ausführliche Protokoll. Schmerslich berührte habe ihn die lange Tarifkündigung. Die Tarifgemeinschaft sei nicht so schlimm und werde zu schwarz gemalt,

Es wäre eben nicht möglich, alles auf einmal zu bekommen. Unter Hinweis auf die ungünstigen Klassenverhältnisse nimmt er die Gehilfenvertreter und deren Handeln in Schutz. Die Frage: Weshalb habt ihr denn diese Gehilfenvertreter gewählt? gab Anlaß zu lebhafter Unterbrechung. Hierauf gestellte Redner einige Stellen aus der Broschüre von Gash, die auf ihn wenig Eindruck machte. Ueber das Verhalten Gashes bei der Berliner Konferenz und die Parteinahme der Gauvorsitzer für den Zentralvorstand äußerte Redner, daß Gash durch sein Auftreten alle Gauvorsitzer gegen sich habe und dieselben eher gewillt seien, ihre Vertrauensstellungen zu opfern, ehe sie dessen Verhalten billigten. Ueber die Feste, die von seinen Gashes inszeniert sein soll in Versammlungen in Leipzig, Dresden, Hamburg, Hannover, Frankfurt usw. urteilte Redner in sehr scharfer Weise und ließen seine Urtheilungen die nötige Objektivität vermissen. Beim Vergleiche der früheren und der neuen Verhältnisse, die sich gegenseitig deckten (Unwahr, Red.), ziel Redner den Kollegen Gash falscher Behauptung. Referent schloß seine durch öftere Mißfallsäußerungen unterbrochenen Ausführungen mit dem Verlesen der von der Gauvorsitzer-Konferenz gefassten Resolution. — Nach Eröffnung der Diskussion besprach der Vorsitzende Krüger die Stellungnahme der Karlsruher Mitglieder in letzter Versammlung, die auch heute noch, nach Anhören des Berichtes, auf demselben Standpunkte ständen, was durch die öfteren Gefühlsäußerungen zum Ausdruck gekommen sei. Die Ergebnisse der Konferenz hätten sich auch auf viel billigerem, dem Zirkularwege erreichen lassen, denn man aber seit langer Zeit nicht kenne. Die Redaktion des Corr. trage an den Vorgängen die wenigste Schuld, vielmehr sei die Taktik der Verbandsleitung und die Stellungnahme der Gehilfenvertreter bei Annahme der bekannten Resolution gegen den Redakteur Gash, ferner daß die Prinzipale in den meisten Orten der Einführung des neuen Tarifs entgegenstehen, die Ursache der erregten Stimmung in Gehilfenkreisen, der der Redakteur unbedingt Rechnung tragen mußte und getragen habe. — Wenn man jetzt ihn allein als Kardinale bezeichnen wolle, geschehe dies mit Unrecht und die Gehilfenarbeit werde sich durch das im Laufe des Referats vom Gauvorsitzer geäußerte Zurücktreten der Gauvorsitzer nicht bezieren lassen, den Weg zu suchen, auf dem ferner eine gesunde Entwicklung der Organisation gesichert sei. Die Verschärfung der weiteren Tarifverhandlungen bis nach der außerordentlichen Generalversammlung sei zu begrüßen. — Auf den weitem Verlauf der bis nachts 1/2 Uhr dauern, sehr lebhaften Versammlung näher einzugehen, würde den Raum zu stark in Anspruch nehmen. Sämtliche Redner, mit einer Ausnahme, kritisierten die Berliner Beschlüsse der Tarifvertreter sowie die Haltung der Vorstände abfällig. Kollege Goldschagg versuchte zwar die Ausführungen der Redner zu entkräften, indem er auf verschiedene Äußerungen Gashes hinwies, doch hat der Berichterstatter den Eindruck gewonnen, daß er damit wenig Gegenliebe gefunden.

ch. **Leipzig**. (Mitgliederversammlung des Vereins Leipziger Buchdrucker-Gehilfen am 12. Juni.) Tagesordnung: Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes; 2. Aufstellung eines Kandidaten zur Wahl eines ersten Vorsitzenden; 3. Festsetzung der Entlohnungsverhältnisse zum Johannisfest; 4. Beschlußfassung über eine Unterstüpfung an arbeitslose Mitglieder zum Johannisfest; 5. Fragekasten. Nach der Verlesung des Protokolls der letzten Versammlung brachte Kollege Richter den Geschäftsordnungsantrag ein, die Punkte 3 und 4 der Tagesordnung vor Punkt 2 derselben zu verhandeln, dem entsprochen wurde. Unter dem Tätigkeitsberichte gab der Vorsitzende bekannt, daß sich der Vorstand wiederholt mit der Firma Bär & Fermann anlässlich der dort bei den Maschinenmeistern grassierenden Ueberstunden — schließlich mit Erfolg — beschäftigt habe; leider sei ein Maschinenmeister wegen seiner beharrlichen Verweigerung von Ueberstunden gemahnt worden. Auch die Firma Georgi habe einen Gehilfen wegen einer tariflichen Forderung (Bezahlung des zweiten Pfingstfesttages) entlassen; kurz vor Eröffnung des beim Obergericht anberaumten Termins erhielt der Gehilfe die strittige Summe. Aus einer weiteren Anzahl Druckerereien hätten dann noch verschiedene Preisdifferenzen zur Beurteilung vorgelegen. Charakteristisch wäre noch die tarifwidrige Entlohnung (15 Mk.) der Neuausgelernten bei E. Heilmann, welche Firma das Verlangen entsprechender Bezahlung mit der Entlassung der jungen Kollegen beantwortete. Schließlich rügte der Vorsitzende das Nichtanwesen, dabei auf die den Mitgliedern bei eventuell eintretender Krankheit oder Konditionslosigkeit erwachenden Nachteile durch Unterstüpfungsentzug hinweisend. — Als Entree zum Johannisfest wurde festgesetzt: von Mitgliedern 50 Pfg., von Gästen 1 Mk. und von Extradamen 25 Pfg. zu erheben. — Den Arbeitslosen wurden zum Besuche des Johannisfestes je 2 Mk. bewilligt; Anträge auf 1,50 Mk. bzw. 3 Mk. per arbeitsloses Mitglied wurden abgelehnt. — Zu der Aufstellung eines Kandidaten zum ersten Vorsitzenden präferierte Kollege Riedel sein ablehnendes Verhalten und ersuchte um Vorschläge. Kollege Kressin wies auf eine stattgebundene freie Mitgliederversammlung hin, welche sich nicht nur mit dem Vorsitzenden, sondern überhaupt mit dem Verhalten des Vorstandes beschäftigt habe; letzterer müsse die Haltung in der Tariffrage seitens der leitenden Gehilfenkreise gekannt und — weil sie unüberprüfbar geblieben — auch gebilligt haben. Es wäre deshalb konsequent,

wenn sich der Gesamtvorstand mit Riedel solidarisieren fühlte und ebenfalls ginge. Demgegenüber erklärte Kollege Eichler namens des Vorstandes, daß sich die Vorstandsmitglieder keiner Pflichtverletzung bewußt wären, vor allem aber sei den Vorstandsmitgliedern das Vertrauen durch die Wahl in einer stark besuchten Generalversammlung entgegengebracht, weshalb der heutigen Versammlung oder gar einer 73köpfigen freien Versammlung das Recht bestritten werden müßte, eine solche Anforderung an den Vorstand zu stellen; letzterer werde deshalb dieser Anforderung nicht nachkommen. Kollege Tanneberger: Wenn er die Kandidatur zum ersten Vorsitzenden nur unter der Bedingung des Ausscheidens des Gesamtvorstandes angenommen habe, so leite ihn (Redner) die im Vorstande vorherrschende abweichende Meinung in der Tariffrage und mit dem Anzuge Riedels wolle und könne er nicht zusammen arbeiten. Aus der Reform unter der Leitung Riedels suchte Redner einen Gesamtwechsel vom damaligen Redakteur bis zum heutigen Tarifvertreter zu konstruieren. Könne auch er nicht versprechen, alle die vorhandenen Schäden mit einem Mal aus der Welt zu schaffen, so appelliere er gegebenenfalls an die Mitglieder, diese müßten mit Hand anlegen, dann würde Besserung eintreten. Diesen sowie den gegen die Vorstandsmitglieder gerichteten Ausführungen Kollege Lindenbergs trat Kollege Lautenbach entgegen; persönliche Angriffe — ohne Beweise — brächten die Gehilfenarbeit nicht vorwärts; sei auch er auch Gegner der Tarifgemeinschaft, so könne er doch Riedels Verhalten verstehen. Den Rücktritt des Gesamtvorstandes oder heute zu verlangen, das sei unberechtigt, nur eine Generalversammlung sei in dieser Frage entscheidend. Kollege Riedel ging näher auf die Tätigkeit des Vorstandes ein, viele Mitglieder, welche in den Vorstand eintraten, hätten sich von den Hindernissen, die dem anfänglich beabsichtigten radikalen Vorgehen im Wege standen, überzeugen müssen, dieselben müßten zugeben, daß das vielleicht vorher getadelte Verhalten des Vorstandes berechtigt sei. Die Tarifgemeinschaft habe Redner nie ernst gemeint, die weitere Stärkung der Organisation, um dann zu einer für die Gehilfenarbeit gelegeneren Zeit zu handeln, sei sein Motiv gewesen. Im übrigen könne er versichern, daß der Vorstand in seiner augenblicklichen Zusammensetzung nicht auf dem Boden der Tarifgemeinschaft stehe. Neulich äußerte sich Kollege May, welcher deshalb auch die Bedingung des Zukunftsvorstandes — von dem er allerdings ein etwies geistiges Produkt und nicht die Stellung auf vor Jahren geschriebene Reformartikel erwartet hätte — unbedingt, ja empörend fand. Nielt er auch die Döblinsche Erklärung von der nicht kampfbereiten Masse für untafflich, so müßten doch die eigenartigen, nicht gerade erfreulichen Leipziger Zustände zugestanden werden. Die Kollegen Kressin, Lehme und Schmitz fanden in dem jetzigen Vorstande nicht die Gewähr für die Anerkennung der Beschlüsse der allgemeinen Versammlung; letzterer Redner machte dem Vorstande noch den Vorwurf, diesmal nicht leitend, sondern nachhinkend gewesen zu sein. Ein von ihm (Redner) im Januar gewünschter Kampf wäre trotz der in Leipzig üblichen längeren Rindigungsfristen von Erfolg gewesen. Kollege Kressin, ein Neugefährnis über begangene Fehler vom Vorstande fordernd, im übrigen die Vorstandserklärungen anzweifeln, brachte folgende Resolution ein: „Unterschiedener beantragt im Auftrage des Bureau der freien Versammlung, die heutige Mitgliederversammlung möge beschließen, den Gesamtvorstand zu ersuchen, seine Kerner niederzulegen.“ Kollege Tanneberger fand Kollege Riedel nicht mehr so energisch wie früher, die große Rücksichtnahme auf die Prinzipalschaftenmitglieder habe nur Korruption erzeugt. Hierauf ermahnte Kollege Kauf die Versammlung, sich doch mehr an die Sache als an die Person zu halten, Riedel habe die Konsequenzen seiner Denkwiese gezogen, folglich sei jetzt nur für einen geeigneten Ersatz zu sorgen. Die Vorstandserklärungen anzuzweifeln sei zwar das Recht eines jedes Mitgliedes, aber nicht taktvoll. Der Vorstand wäre taktvoll ausgetreten, was nicht von jedem Redner gesagt werden könne. Die Mitglieder trügen an den Verhältnissen eine große Schuld, sie sollten nicht immer bloß die Geschobenen, sondern auch einmal Schiebende sein. An die Schlusssätze des Vorredners anknüpfend wünschte Kollege Gash, daß der Vorstand allerdings „geschoben“ würde. Den Verein mit einer konstitutionellen Einrichtung vergleichend, müsse bei Meinungsdivergenzen hier wie dort das Gesamt-Ministerium demissionieren. Die fortgesetzten Veremien von den ungunstigen Verhältnissen wären nicht die geeignete Erziehung für die kommenden Kämpfe; andernorts würden heute solche Redner von der Bildfläche hinweggefegt. Kollege Eichler kennzeichnete noch einmal kurz und präzis die Stellung des Vorstandes, selber habe die Resultate seiner Erhebungen den Mitgliedern wahrheitsgetreu bekannt zu geben; seien dieselben nun nicht ganz nach Wunsch der jetzigen Opposition aus, so treffe den Vorstand dafür keine Schuld. Die nackten Thatsachen ließen sich eben nicht hinwegdisputieren. Redner aus der Teilnahme an einer in Chemnitz stattgehabten Versprechung über die augenblickliche Lage und seiner Kandidatur für eine event. Neuwahl des Gehilfenvertreters für Sachsen schon eine Geneigtheit zur Tarifgemeinschaft zu unterziehen — wie von Gash gesehen — sei von diesem äußerst gewagt, ebenso die sogenannten „Geheim“-Konferenzen, da Kollege Gash solchen dann zur Versprechung organisatorischer oder taktischer Fragen hundertfältig beigewohnt habe. Es könne in den Vorstand ein-

rüden wer da wolle und wenn selbst die Mannen Gajchs antreten würden, sie alle mühten bald erkennen, daß Wollen und Können zweierlei Dinge sind. — Ein Antrag auf Schluß der Debatte fand Annahme und nachdem eine Abstimmung über den Kressinischen Antrag mittels Handhebens sowie durch Hammersprung von unparteiischer Seite als unentschieden bezeichnet war, ergab eine solche durch Stimmzettel nach wiederholter Zählung dieser Zettel 151 Stimmen für, 144 gegen den Antrag, 3 Zettel waren weiß. Kollege May gab nochmals bekannt, daß diese Abstimmung an der Erfüllung des Vorstandes nichts ändere, man möge das Resultat den Mitgliedern bekannt geben; die nächste Generalversammlung würde die Entscheidung fällen. Als Kandidaten zur Vorstandsentscheidung wurden die Kollegen Gächler, Lanneberger, Schreiber, Kreschmar, Lautenbach und Dehne vorgeschlagen — letztere vier Kollegen lehnten eine Kandidatur ab —, weil aber auch hier die Abstimmung über den ersten Kandidaten eine zweifelhafte blieb, wurde beschlossen, die beiden ersten Namen auf die Liste zu setzen. Mit einer Einladung zu starkm Besuche des am 20. Juni stattfindenden Johannistfestes und der Beantwortung zweier Fragen (wie sich die hiesigen Prinzipale zu dem Entlassenen der Beiträge und der Verbreitung des Corr. innerhalb der Druckereien stellen und ob in der Weltzeitung in den letzten Tagen von einigen Seiten bis abends 7/9 Uhr gearbeitet worden sei) schloß der Vorsitzende die Versammlung. (Ging mit dem Ersuchen um ungezügelter Aufnahme ein. Red.)

e. Viegitz. Staunen muß ein jeder Kollege über die Verhandlungen der Herren Gaudvorsteher. Waren dies die Vertreter einer Gehilfenvereinnigung? Zum Glück können sich die Kollegen damit trösten, daß sie auch noch ein Wort mitzusprechen haben. Die Kollegen in Viegitz sind streng dafür, keinen Gaudvorsteher oder Beamten des Vereins zu wählen, der nicht zur Jahre des Kollegen Gajch hält. In Schlesien z. B. wäre es am zweckmäßigsten, die drei Abgeordneten so zu verstellen, daß Oberschlesien (Bezirk Oppeln-Beuthen), Mittelschlesien (Breslau) und Niederschlesien (Sülbitz oder Viegitz) je einen Delegierten wählen. Wogau mag sich bei Schleich bekanken, wenn es unberücksichtigt bleibt.

Mainz. Am 14. Juni fand hier eine gutbesuchte allgemeine Buchdrucker-Versammlung statt, in welcher unser Gehilfenvertreter, Kollege Karl Dominé aus Frankfurt am Main, den ganzen Verlauf der Tarifverhandlungen auf das eingehendste schilderte. Schon bei Beginn der Bewegung sei in Anbetracht der verschiednenartigen Verhältnisse, wie sie in den einzelnen Städten herrschten, ein jeder Ernstfall vermieden worden, auch die ganzen Verhandlungen hätten es gezeigt, daß mit Gewalt durchaus nichts zu erreichen gewesen wäre, da doch selbst die Prinzipalvertreter nur eine Arbeitszeitverlängerung von 1/2 Stunden pro Woche subilligen wollten. In betreff der Lohnerhöhung hätten dieselben nur nach langem Sträuben einer solchen von 2/3 Proz. zugestimmt, da sie ursprünglich für eine solche überhaupt nicht zu haben gewesen wären. Trophem er (Redner) über zwei Stunden mit dem Prinzipalvertreter des III. Kreises betreffs Erhöhung der Sozialzuschläge konferierte, habe dieser erstklart, daß er hierfür kein Mandat habe und auch entscheiden gegen eine solche Erhöhung stimmen würde. Nun erläuterte Redner noch in klarer, sachlicher Weise den Arbeitsnachweis sowie das neuerschaffene Tarifamt und hat zum Schluß seines mit Beifall aufgenommenen Referates, die Versammlung möge die, wenn auch sehr minimalen Zugeständnisse, doch acceptieren, denn sie bedeuteten immerhin einen Schritt nach vorwärts. Auch gebe er die Versicherung ab, daß die Gehilfenvertreter ihr möglichstes gethan hätten, um auf friedlichem Wege wenigstens etwas zu erreichen. Von einigen Rednern wurde Dominé entgegengetreten, welche es nicht für recht hielten, daß sich die Gehilfenvertreter von den Prinzipalen bitteren ließen, auch debattieren sie die Zwitterstellung der Kollegen, welche dadurch entfiel, daß die Kollegen in Städten unter 20000 Einwohnern von diesen neuen Tarifbestimmungen ausgeschlossen seien. Auch solle man sich von der Gewährung der Koalitionsfreiheit nicht allzuviel versprechen, denn was diese anbelange, würde man vielleicht noch ganz üble Erfahrungen machen. Eine eingelaufene Resolution, welche besagt, daß der Gehilfenvertreter unsers Kreises sein Mandat niederlegen solle, sowie, daß dieselben überhaupt von der Schlichtung am 17. Juni fern bleiben sollen, wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt. Nachstehende Resolution, welche außerdem noch eingelaufen war, wurde gegen sieben Stimmen angenommen: „Die heute am 14. Juni im Weihen Köpchen tagende allgemeine Buchdrucker-Versammlung erkennt die Tätigkeit der Gehilfenvertreter an, bekauert, daß trotz der großen Bemühungen derselben nicht mehr erreicht wurde, verlangt aber jetzt auch vom Prinzipalverein, daß derselbe Sorge dafür trägt, daß seine Mitglieder den auf der Generalversammlung angenommenen neuen Tarif unterzählig einführt. Ferner verlag die heutige Versammlung von der Generalversammlung des Verbandes die Ablehnung der Dauer des Tarifs auf fünf Jahre und verzichtet lieber auf die Schaffung eines Tarifamtes, dessen Tätigkeit sie im Interesse der Gesamtgemeinnut des Tarifs keineswegs verneint.“

H. Mühlhausen i. C., 11. Juni. Am 30. Mai hielt der hiesige Disziplinar seine ordentliche Monatsversammlung ab, in welcher unter anderen Punkten auch der unier Jahresfest betreffende zur Erledigung kam. Dasselbe wird am 21. d. M. im Verein mit den Kol-

marer Kollegen in dem schön gelegenen Sulzmarkt, Bohnstation Kufach, gefeiert. — Da sich unrer Bezirkskasse seit letzter Zeit in einer Lage befindet, die sich so etwas leisten kann, wurde der Antrag, Beschlagung des Mittagessens aus der Kasse (2,40 Mk. einschließlich Wein) einstimmig angenommen. Die Gesangsstellen wird zur allgemeinen Unterhaltung das ihre thun, schon aus dem Grunde, da dieselbe noch nie so stark war als gegenwärtig, außerdem die Gesangsstunden pünktlicher besucht werden den je. Wir wünschen eine rege Beteiligung an der Feier seitens unserer Mitglieder, auch der kollektiver Kollegen, damit sich dieses Fest zu einem recht fröhlichen gestalten möge. Den Schluß der so zahlreich besuchten Versammlung bildete eine Uebertragung seitens unserer gezeigten Vorsitzenden, auf welche niemand vorbereitet war: es galt das fünfundsinganzjährige Verbandsjubiläum uners von allen Seiten gedachten Mitgliedes Georg Krid zu feiern. Eingangs der Feier richtete der Vorsitzende eine Begrüßungsrede an den Jubilar, in welcher er besonders dessen Verdienste sowohl als Mitglied wie als ehemaliger Vorsitzender hervorhob und überreichte ihm dann ein reichausgestattetes Diplom. Kollege Krid dankte warm für die ihm angegangene Ehre und erwiderte, daß er nur seine Pflicht als Kollege gethan habe. Seine Kffizialkollegen überreichten ihm als kleines Angebinde einen Buchdrucker-Bierkrug mit darauf befindlichem Wappen. Nach dem Absingen eines Jubilar-Liedes schritt man zu dem Kommerie, welcher unter wiederholten Vorträgen der Gesangsstellen eine sehr animierte Stimmung annahm. Von Seinhem lief ein vom Kollegen Arcmer an den Jubilar gerichtetes Telegramm ein, nachträglich auch noch ein Beglückwünschungsschreiben seitens uners Zentralvorstandes. Nachdem die Feier bis in den frühen Morgen gedauert, trennte man sich mit dem Bewußtsein, einen Akt der Brüderlichkeit und Kollegialität vollzogen zu haben. — Möge es Herrn Krid vergönnt sein, auch noch sein fünfzigjähriges Verbandsjubiläum begehen zu können.

Weihen. Die am 13. Juni abgehaltene Mitgliederversammlung nahm nach bestiger Debatte die nachfolgende Resolution bei ramentlicher Abstimmung mit 18 gegen 11 Stimmen an: Die am 13. Juni tagende Versammlung der Mitgliedschaft Weihen hält die seitens der Prinzipals- und Gehilfenvertreter in der gemeinschaftlichen Sitzung vom 15. bis 19. Mai in Berlin beschlossene Tarifgemeinschaft als verwerflich und unrichtig. Schädigend, da sie infolge langer Gültigkeitsdauer des Tarifs und ebensolcher Kündigungsfrist die Bewegungsfreiheit uners Verbandes in tariflicher Beziehung völlig lähmt; unwirksam, weil alle Errungenschaften auf Seite der Gehilfen lediglich durch thätigkeitsloses Handeln der Verbandsmittglieder erzielt worden sind. Durch das geplante Tarifamt sinit der Verband zu einem Unterführungsverein ohne jede gewerkschaftliche Bedeutung herunter. Die Versammlung bedauert, daß durch zu spätes Eingreifen seitens der Schriftleitung des Corr. Verwirrung in die Reihen der Verbandsmittglieder getragen worden ist. Sie erhofft, daß auf der Generalversammlung wieder Ueberreinnimmung in der Tariffrage erzielt wird, und zwar in dem die Tarifgemeinschaft verwerfenden Sinne der Breslauer Generalversammlung, und wird nur solchen Kollegen ihre Stimme geben, die in diesem Sinne handeln. Die Versammlung bedauert, daß die Disziplin im Corr. sich in der letzten Zeit zu unerquicklichen persönlichen Angriffsen geüßert hat, da dies durchaus der Würde des Verbandes nicht entspricht. Unbeschadet der völligen Freiheit der Meinungsäußerungen erwartet die Versammlung in Zukunft das Unterbleiben aller zur prinzipiellen Beurteilung der Tariffrage unwesentlichen und persönlichen Polemiken. Dem Zentralvorstande sowie den Gehilfenvertretern kann die Versammlung den Vorwurf nicht ersparen, daß dieselben die Meinung der großen Masse der Mitglieder nicht verstanden resp nicht genüßigt haben.

Naumburg a. S. Ueber den Vorschlag des Gaudvorstandes, die Aufstellung der Generalversammlungs-Delegierten, die statutengemäß einem außerordentlichen Gantage vorbehalten bleiben müßte, diesmal der außergewöhnlichen Verhältnisse und der Kostenersparnis wegen in den Mitgliedschaften zu bewerkstelligen, diskutierte am 13. Juni eine Ertrabversammlung des hiesigen Disziplinars. Sämtliche Redner waren darüber einig, daß es wohl unmöglich sei, anders als auf einem Gantage die Aufstellung der Kandidaten vollziehen zu können. Man müßte vor allen Dingen dort auch die Weizungen der anderen Mitglieder hören und nach der Stellungnahme der einzelnen Vertreter über die zu erledigenden Punkte könne leichter und besser die richtige Wahl getroffen werden als auf anderem Wege. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde darauf nachstehende Resolution angenommen: Die heute tagende Versammlung des Disziplinars Naumburg verwarft sich auf das entschiedenste gegen die vom Gaudvorstande beliebte Wahl der Vertreter zur außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes. Sie verlangt unbedingt die vorherige Abhaltung eines Gantages behufs reiflicher Aussprache über die zur Zeit hersehenden Verhältnisse in der Organisation und Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung usw. Sie verlangt weiter von ihren Delegierten, daß sie ihren Einfluß dahin geltend machen, daß keiner der Gaudvorstandesmitglieder delegiert wird, weil dieselben laut Protokoll der Gaudvorsteher-Konferenz nicht mehr als unparteiisch anzusehen sind. — Als Gantags-Delegierter ist mindestens ein Drucker mitzuwählen.

Northhausen, 14. Juni. Die heutige außerordentliche Versammlung der Mitgliedschaft Northhausen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker nahm einstimmig folgende Resolution an: Die Mitgliedschaft Northhausen erklärt sich mit dem Vorgehen des Verbandsvorstandes einverstanden und bekauert, daß seitens des Corr.-Redakteurs eine solche die Interessen des Verbandes schädigende Beunruhigung unter die Mitglieder des V. d. B. getragen worden ist. Sie hält das Vorgehen des Herrn Gajch für nicht gerechtfertigt und hofft, daß die Mehrzahl der Kollegen ein entschiedenes Veto dagegen einlegen wird.

W. Neustrelitz, den 11. Juni. In der gestern Abend stattgefundenen Versammlung, die von sämtlichen Mitgliedern besucht war, fand zunächst die Wahl eines Delegierten zu dem am 21. Juni in Weimar stattfindendem außerordentlichen Gantage des Bundes Medlenburg-Libech statt. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wurden die jetzigen, unhaltbaren Zustände des ganzen Verbandes sowie die augenblicklich sehr unerquickliche Lektüre uners Organs einer scharfen Kritik unterzogen. Ferner sprach man sich sehr mißbilligend über die Tarifgemeinschaft aus, namentlich gegen die fünfjährige Geltungsdauer. Die Abmachungen in Berlin und das flau Verhalten uners Vertreters, Herrn Klapproth, der entgegen dem ihm gegebenen Mandate für eine Reduzierung der Sozialzuschläge der Städte Rostock und Libech sich verbeißt, waren der Versammlung unbegrifflich. Die Debatte war über diesen Punkt sehr lebhaft, da der Heine, nicht besonders günstig dasiehende Gau nur drei Städte über 20000 Einwohner besitzt, für welche also erst die „Erfolge“ beginnen. Anstatt dessen sei aber in den beiden größten Druckorten Verschlechterungen eingetreten. Die Mitglieder nahmen infolgedessen folgende Resolution einstimmig an und ersuchte den Vertreter auf dem medlenburgischen Gantage dieselbe energisch zu vertreten: „Die heute im Lokale des Herrn Waß in Neustrelitz tagende Buchdrucker-Versammlung spricht sich ganz entschieden gegen die von den Gehilfenvertretern angenommene Tarifgemeinschaft aus, die nur geeignet ist, Zwiespalt in die Gehilfenerschaft zu tragen. Die Versammlung erklärt sich gegen die von den Gaudvorstehern angenommene Resolution und will die Amtsniederlegung des Zentralvorstandes; ebenso entschieden aber spricht sich die Versammlung auch gegen die Fortsetzung der gegenwärtig geschäftigen Kompensweise des Corr.-Redakteurs aus, da solche dem Verbands gewiß nicht zum Heile gereicht. Zum Schluß empfehlen die Versammelten noch, zu der Generalversammlung nur Vertreter zu wählen, die Ämter in Gaudvorständen nicht bekleiden.“ (Wenn uns die Neustrelitzer Kollegen hindern wollen, die Katalanen aufzubeden, so werden diese den Gewerkeverein überwinden. Red.)

b. Offenbach (Baden). Das was sich unsere Herren Gaudvornehmer gelegentlich ihrer Zusammenkunft in Berlin alles anmaßen, geht denn doch auch uns Provinzählern über die Hutskanur. Die Art, wie die ganze Corona auf einem Mitgliede herumgeschüttelt, muß ja jeden, der nicht allen Gerechtigkeitsgefühl hat ist, geradezu anekeln. Am korrektesten und sachlichsten ist noch Kollege Haas geblieben. Seine Aeußerung sticht wohlthuend von den meisten übrigen ab. Leider ist unter letzteren auch unser Gaudvorstand Goldschagg. Die Mitglieder brauchen sich nicht, wie er meint, wiederzugeben, sie hätten sich nie verloren gehabt und würden zu gegebener Zeit ihre Meinung schon zum Ausdruck bringen. Wir sprechen dem Zentralvorstande zur Berufung einer solchen Konferenz das Recht ab, und wenn die Gaudvorsteher rechtlich hätten handeln wollen, so wären sie der Einladung nicht gefolgt. Das Statut sagt in § 18 Abs. 3: Bei wichtigen Fragen kann der Vorstand die Gaudvorsteher beiziehen. Ist der Streit zwischen Gajch und Döblin, welcher von letzterem provoziert wurde, eine wichtige Frage im Sinne des Statuts? Gajch ist Mitglied und hat als solches das unweifelhafte Recht und in zweiter Linie als Redakteur uners Organs die Pflicht, unsere Angelegenheiten zu besprechen; wenn nun nach seiner Ansicht Dinge geschehen, die unrer Organisation nur schaden können, so muß er als Mann seine gegenteilige Ansicht mit aller Energie vertreten, was ja auch dem Vorstand und jedem Mitgliede freisteht. Es darf auf keinen Fall, wie es vom Vorstande beliebt wurde, eine Vergewaltigung Platz greifen. Ob Gajch früher anderer Ansicht war, ob er mit seiner jetzigen Meinung früher heraustrücken hätte können, das sind Nebenfragen. Es genügt, daß er glücklicherweise noch zu rechter Zeit) seine Ansicht aussprach und verteidigt. Dieses Recht und diese Pflicht wollte ihm aber der Zentralvorstand im Verlebenshaberton eskamotieren. Das ist der springende Punkt. Aber bange machen gilt nicht. Was den neuen Tarif betrifft, so durfte dieser auf so lange Dauer und mit diesen Anknüpfeln auf keinen Fall angenommen werden, darüber hat sich doch wohl die Gehilfenchaft klar. Auch darüber herrscht wohl allgemein Klarheit, daß wir, die Mitglieder, die endgültige Entscheidung zu treffen haben und nicht der Vorstand oder die Gaudvorsteher. Die Herren Vertreter haben so wie so schon ihre Befugnisse überschritten und Zugeständnisse gemacht, zu denen sie gar nicht berechtigt waren. Die Herren Vertreter oder Gaudvorstände mögen nur kommen uns aufzuklären; wer aufgeklärt wird, das wird sich dann zeigen. Ohne die Tätigkeit des Vorstandes und der Gaudvorsteher zu misgönnen, müssen wir den Herren doch sagen, daß unser Wille für sie maßgebend sein muß, nicht der ihrige uns! Für die Mit-

gleder muß jetzt die Parole sein: Zur Generalversammlung keinen Gauvorsitzer! Der Tarif mit seinen Anhängeln ist abzulehnen! Was dann weiter zu geschehen hat, das wird sich finden. In Gau Oberrhein sind die Wahlen bisher so zu stande gekommen, daß man den Mitgliedern einfach die gedruckten Wahlzettel mit dem betr. Namen zugehen ließ. Auf diese Weise konnte eine andre Meinung nie zur Geltung kommen. Wir hoffen, daß sich die Mitglieder, hauptsächlich der größeren Orte, z. B. Karlsruhe, ins Zeug legen und rechtzeitig vernünftige Vorschläge machen. Der Delegierte muß wissen, daß er die Mehrheit wirklich hinter sich hat, und muß dann auch im Sinne dieser Mehrheit handeln. Deshalb ist es notwendig, daß die Mitglieder die Ansichten des betr. Kandidaten kennen und umgekehrt. Schließlich ist die Frage aufzuwerfen, wer den Gauvorsitz für Berlinern Vergütigen begehrt? Wir wären dafür, daß die Generalversammlung erklärt: Die Herren sind auf § 34 Abs. 2 zu verweisen, sie mögen zusehen, ob von der Gauverwaltung für sie etwas von den 2 Proz., die für die Verwaltung ausgeworfen sind, zu bekommen ist. Jede andre Vergütung ist ausgeschlossen. Unser Geld ist teuer genug zusammengebracht und nicht für solche selbstherrliche Experimente da. Jetzt begreift man auch, daß Gisch sich dem Berliner Scherbengerichte nicht stellte, denn für das dortige Treiben haben wir nur ein Gefühl, das wir lieber unausgedrückt lassen wollen.

Schleswig-Holstein. Zu dem am 24. und 25. Mai in Kiel in der Harmonie stattgefundenen Goutage des Gau Schleswig-Holstein waren von 23 Delegierten 22 erschienen und zwar folgende Herren: C. Müller-Sonderburg; A. Brüning-Edernförde; G. Gensch, B. Guschel, J. B. C. Baban und W. Sörensen-Flensburg; H. Raab-Schleswig; A. Wader-Rendsburg; C. W. J. Sander und H. C. Knade-Neumünster; J. Goeßig, Jul. Krause, Aug. Pöschel, Th. Olsen-Schlager, R. König I und Chr. Packmann-Kiel; G. Willen-Eismhorn; Emil Voigt-Eutin; Aug. Müns-Gülsdorf; Chr. Davidsen und W. H. M. Scharmer-Itzehoe; L. C. Baronsky-Blankensee; A. Arndt-Bergeborj und H. Kirchhine-Wandsb. (Letzterer erschien nachmittags 4 Uhr). Der Goutage wurde um 11 Uhr eröffnet und die Delegierten und Gäste vom Vorsitzenden J. Chr. Heilmann willkommen geheißen mit dem Wunsche, daß die Beratungen dazu beitragen möchten, den Verband und im besondern unsern Gau zu heben und zu stärken. Hieran anschließend begrüßte der Vorsitzende der Kieler Mitgliedschaft ebenfalls sämtliche Anwesenden und sprach die Hoffnung aus, daß ihr gemeinsames Schaffen zum Segen des Gau'n gereichen möge. — Zum Verichte des Gauvorsitzes und der Mitgliedschaften wurden wenig Monita gemacht; nur die Verhältnisse in Wandsb. erregten eine längere, teils heftige Diskussion, die mehrere Anträge zeitigte. In der Hauptsache drehte sich die Debatte darum, ob Wandsb. vom Gau Schleswig-Holstein beibehalten oder an Hamburg Al. ona abgetreten werden sollte; naturgemäß gehörte es zu Hamburg. Unliebsame Vorkommnisse in den letzten Jahren hätten dazu beigetragen, diese Ansicht zu bekräftigen. Es wurde denn auch ein Antrag angenommen, welcher besagt, den Ort Wandsb. nach Regelung der finanziellen Verhältnisse dem Gau Hamburg-Altona zu überweisen, selbstverständlich nach Rücksprache mit demselben. — Eine Anregung des Schweriner Gauvorsitzes, mit unsern Mitgliedern der Mecklenburger Witwenkasse beizutreten, fand im Gauvorstande nicht die erhoffte Unterstützung, da unsere Mitglieder bei 20 Pf. wöchentlichem Beitrag eine zehnjährige Karenzzeit durchzumachen hätten. Man könne den Kollegen nicht zumuten, nur zu zahlen, ohne eventuelles Äquivalent. Der Standpunkt des Gauvorsitzes wurde denn auch von der Mehrheit der Delegierten geteilt und diese Angelegenheit ad acta gelegt. Ueber den finanziellen Stand des Gau'es gibt der Bericht folgende Aufschlüsse: Die Einnahme der Verbandskasse betrug: Mitgliederbeiträge, Eintrittsgeld, zurückgezahltes Reisegeld, Vorfuß ufm. 22394,45 Mk., Ausgabe: Reiseunterstützung 3912,10 Mk., Ortsunterstützung 1558 Mk., sonstige Unterstützung 4876,95 Mk., Begräbnisgeld 100 Mk., Unterstützung an dauernd Erwerbsunfähige 361 Mk., Umzugskosten 80 Mk., Agitation 3 Mk., Remuneration 397,89 Mk., zurückgehaltener Vorfuß 2500 Mk., Absteuerung zu den Hauptsteuer 8605,51 Mk., in Summa 22394,45 Mk. Die Zentral-Inventarliste in Liq. bilanziert mit 1354,93 Mk. Die Goutaffe schloß Ende 1895 mit einem Defizite von 1225,28 Mk. gegen Ende 1894 mit 1405,11 Mk. Hervorgerufen wurde dieser Rückgang durch die große Transprandnahme der Unterstützung für Arbeitslose und Arbeitsfähige. — Damit war die Besprechung des Geschäftsberichts ufm. beendet, es wurde nun die Berichterstattung über die tariflichen Verhältnisse des Gau'es vorgenommen. In erster Linie berichtete Müller-Sonderburg, daß Doppelposten bewilligt hat, während bei La Motte nichts zu erreichen ist, Brüning-Edernförde bemerkte, daß die Kollegen daselbst noch nicht vorgegangen seien; sie hoffen aber auf glatte Erledigung. Gensch-Flensburg: In Flensburg hätten bis auf alle Firmen bewilligt. Daß die eine Firma nicht bewilligt habe, das hätte seinen Grund darin, daß der eine der Herren Giesch auf mehrere Wochen verreist ist und der andere die Bewilligung nicht auf eigene Faust vornehmen könne. Die Bewilligung ist aber jedenfalls anzunehmen. Ferner beschloß eine andere Firma bei 26 Gehilfen 1 Gehrling. Zum größten Teile werde in Flensburg über Minimum bezahlt. Raab-Schleswig: Der Tarif sei bei Bergas eingeführt; Johannsen würde solches nur auf Ordre des

deutschen Buchdruckervereins thun; im übrigen seien Schwierigkeiten nicht zu erwarten. Sonder-Neumünster: teilte mit, daß der Tarif noch nicht eingeführt sei, es hätten aber Schritte stattgefunden, demselben Geltung zu verschaffen; Hyeronimus erklärte, er werde den Tarif nicht eher einführen, bis die Konkurrenz am Orte denselben angenommen. Bei Groß- & Thon fänden keine Mitglieder. Mit einigen Ausnahmen seien die Verhältnisse in Neumünster nicht besonders gute. Gisch-Kiel: Schmidt & Klauing will die Stellung der übrigen Prinzipale abwarten, derselbe beschäftigt neben sieben Gehilfen zwölf Lehrlinge. Handorff hat bewilligt, der General-Anzeiger vom 4. Mai ab, die Gehilfsgehälter werden vom 1. Juni ab um fünf Proz. ausbeßert; A. J. Jensen vom 18. Mai, Schmidt & Hentel vom 4. Mai ab, Karl-Jensen zum allgemeinen Einführungstermin, C. Uebermuth vom 18. Mai, Karl Paulsen vom 4. Mai, Schleswig-Holsteinische Volkszeitung vom 1. Mai ab, ein Kollege wurde mehr eingestellt; Chr. Donath vom 15. Mai, Hofstadtbruderei vom 4. Mai; C. Schadt vom 18. Mai ab; Kieler Zeitung unbekannt, Norddeutsche-Zeitung Konflikt. Ueber denselben ist bereits im Corr. berichtet worden. — Willen-Eismhorn: Volksh. hat den Tarif anerkannt. Voigt-Eutin: Es stehen hier zwölf Gehilfen (sechs Verbändler und sechs Nichtverbändler), dieselben werden teilweise unter Tarif bezahlt. Bestimmte Arbeitszeit sei nicht vorhanden. Strube will die Beschlässe der Generalversammlung abwarten. Bei Friedrichsen arbeiten Nichtmitglieder 10¹/₂ Stunden unter Minimum. Müns-Gülsdorf: Die Kollegen sind sich noch nicht einig. Vom Prinzipal ist ihnen das Angebot gemacht: entweder 50 Pfg. Zulage oder eine halbe Stunde Verkürzung der Arbeitszeit. Wöchentlich drei Stunden für 50 Pfg.!!!). Davidsen-Itzehoe: Herr Pfingsten sei bereit zu bewilligen, er wolle aber den Schluß der Tarifverhandlungen abwarten. Leider seien die beantragten zehn Proz. Votalszuschlag abgelehnt worden. Im allgemeinen seien die Verhältnisse als günstige zu bezeichnen. Bekommt-Blankensee: Die Gesamtzahl der Gehilfen betrage in zwei Geschäften 16, davon zwölf Mitglieder und vier Nichtmitglieder. Bezahlung werden gehalten bei Kröger 3. Arbeitszeit in beiden Geschäften zehn Stunden. Die geforderten 10 Proz. Votalszuschlag sind ebenfalls von der Tarifkommission abgelehnt worden. Bei Heilmann steht ein Mitglied; obgleich sich der Prinzipal weigert, das Minimum zu bezahlen, so hofft er doch, daselbe in Bälde zu erhalten. — Arndt-Bergeborj: Die Kollegen in Bergeborj sind vorgegangen, haben auch bedingungsweise Zusagen erhalten; der Prinzipal beruft sich auf die Nachbarorte, die ja auch noch nicht bewilligt hätten. — Kirchhine-Wandsb.: Die tariflichen Verhältnisse in Wandsb. seien nicht die besten. Bei Putvogel werde 10¹/₂ Stunden gearbeitet. Auf Vorstellung unserseits erklärte sich Putvogel bereit, den neuen Tarif einzuführen, jedoch erheben das gemachte Angebot nicht acceptabel; eine spätere Einigung erscheint nicht ausgeschlossen. Hirsch wollte den Tarif am 15. Mai einführen, hat jedoch nicht Wort gehalten, sondern den Termin bis nach Pfingsten verschoben. Zuschlag zum Minimum kommt nicht in Betracht, da man kein eigentliches Minimum habe, weder das Hamburger noch ein andres. In der Hauptsache wird es den Mitgliedern nicht schwer fallen, den Tarif in Wandsb. durchzuführen. Wader-Rendsburg: Dasselbe sei ein Konflikt bei Müller wegen des neuen Tarifs ausbrochen; vier Mann wurden gekündigt. Vom Gauvorstande wurde der Vorsitzende nach der Debatte, um mit dem renitenten Prinzipal Rücksprache zu nehmen. Jedoch war dies vergeblich. An Stelle der vier Verbandsmitglieder hat der Herr vier Nichtverbandsmitglieder gestellt und denselben doppelte Zulage bewilligt. (Gleiches 1.)

Wandsb. Die am 11. Juni abgehaltene ordentliche Monatsversammlung des Ortsvereins Wandsb. hat sich ebenfalls mit den Berliner Tarifverhandlungen beschäftigt. Nach langer, teilweise sehr erregter Debatte gelangte nachstehende Resolution mit acht gegen sechs Stimmen bei einer Stimmenthaltung zur Annahme: Die heute in Wandsb. tagende Versammlung des Ortsvereins erklärt sich mit den Tarifabmachungen nicht einverstanden, gleichzeitigt spricht sie dem Redakteur des Corr. ihre Zustimmung aus und ersucht ihn, auf dem eingeschlagenen Weg unentwegt vorwärts zu schreiten.

P. Zwickau, 13. Juni. Eine heute Abend abgehaltene Versammlung der hiesigen Verbandsmitglieder nahm nach mehrstündiger, sehr lebhafter, das „Arbeiten“ des Verbandsvorstandes und der Gehilfenvertreter scharf verurteilender Debatte folgende Resolution ausschließlich des gesperrt gedruckten Satzes (derselbe wurde in gelinderer Abmildung gegen eine Stimme angenommen) einstimmig an: Die Versammlung erklärt sich ganz entschieden gegen die Berliner Tarifabmachungen und besonders gegen die fünfjährige Tarifgemeinschaft sowie das Tarifamt, hierbei gleichzeitigt den Gehilfenvertretern ihre schärfste Mißbilligung ausdrückend, weil selbige den Willen der Gehilfenschaft nicht respektiert haben. Die Versammlung bedauert weiter aufs tiefste, daß die außerordentlichen Gehilfenvertreter auf ergangene Aufforderung der Kollegen ihrer Kreise ihre Mandate nicht niederlegten. Ferner erklärt sich die Versammlung mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes im Einvernehmen mit den Gauvorsitzenden nicht einverstanden und erwartet, daß die demnächstige außerordentliche Generalversammlung hierin entgültig Wandel schaffen wird, um Wiederholungen vorzubeugen. Dem Kollegen

Gisch drückt sie für sein mannhaftes Vorgehen ihre Sympathie aus. Im weitern Verlaufe der Versammlung wurde noch einstimmig beschloffen, folgende Anfrage zu stellen: Die heutige Versammlung der Zwickauer Gaumitglieder stellt die Anfrage, aus welchen Gründen der Goutagebericht im Corr. noch nicht zur Veröffentlichung gekommen ist. Da in der jetzigen kritischen Zeit alle diebezüglichen Beschlässe sobald als möglich der Öffentlichkeit unterbreitet werden müssen, was im vorliegenden Falle noch nicht geschehen ist, hält sich die Versammlung zu dieser Anfrage berechtigt. Bezüglich der Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung für unsern Gau wurde beschloffen, Kollegen Zwickauer von hier als Kandidaten zu nominieren. Kollege Fritscher steht vollständig auf dem Boden der vorstehenden Resolution, weisen sich die vereinigten Mitglieder bei der demnächstigen wichtigen Delegiertenwahl einmütigen mollen. — Bemerkungen will ich noch, daß das gesamte Personal der Papiermanufaktur in Bodau bei Zwickau sich im Auslande befindet. **Brüg (Böhmen).** Die Filiale Brüg des Zentralvereins der Buchdrucker Böhmens feiert ihr diesjähriges Johannistfest am 21. d. M. in Görkau bei Komotau. Dasselbe besteht in einem Ausfluge ins Kölschtal bei Görkau, gemeinschaftliches Mittagessen daselbst und Besichtigung des Rothenhäuser Schlossparks. Die auswärtigen Kollegen werden in Komotau empfangen, woselbst am „Lagereller“ ein Begrüßungsschoppen und abends ebendasselbe eine gemüthliche Unterhaltung stattfindet. Die Kollegen der umliegenden Druckorte werden hierzu freundlichst eingeladen.

Kundschau.

Buchdrucker und Verwandtes.

Eine neue Schmach wird der Gehilfenschaft angethan. Die Tarifung am 17. Juni findet, wie Herr Gieseke in Berlin erklärt hat, dennoch statt. Die Prinzipale haben den von den leitenden Personen gar nicht ernst gemeinten Antrag auf Verschiebung kurzweg abgelehnt und verlangen das Erscheinen der Gehilfenvertreter. Ob diese nun der Berufung sämtlich folgen, das werden die kommenden Stunden ausweisen; den Berliner Vertreter halten keine zehn Pferde davon ab, so ungefähr äußerte er sich in der Versammlung. Wir sollten doch meinen, daß jetzt auch noch dem kleinen Teile der Kollegen die Augen aufgehen, der bisher noch kein Falch in dem Tarifrummel erblickt hat; die Prinzipale lassen ihre Beute nicht los, und während neun Beihälter der Gehilfenschaft die Abmachungen demorren haben und eine Generalversammlung des Verbandes einberufen ist, um, nach diesen Beschlässen zu urteilen, die Verwerfung gesetzlich zu sanktionieren, kommen die Gehilfenvertreter mit den Prinzipalen zusammen, das Volkwerk gegen den Ansturm der Gehilfenschaft zu vollenden! Denn ein Zwinguri für die Gehilfen ist die neue Tarifgemeinschaft. Stretreiben's toll!

Der Redakteur des Berliner Vorwärts hatte sich wieder einmal, und zwar in zwei Fällen, wegen groben Unsaugs zu verantworten. In beiden Fällen handelt es sich um Boykott, der aber in dem einen Falle selbst von dem Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht gefunden wurde. Die betreffende Notiz lautete dahin, daß ein Arbeiterverein sein Stiftungsfest in einem Lokal abhalte, das von der Arbeiterkassette gesperrt sei. In dem andern Falle wurden die Sattler aufgefordert, Zugang nach Berlin unter allen Umständen zu vermeiden, auch hier erkannte das Schöffengericht auf kostenloser Freisprechung, während der Staatsanwalt 50 Mk. Geldstrafe beantragt hatte.

Eine Nummer der Bln. Volkszeitung wurde 1¹/₂ Monate nach ihrem Erscheinen konfiskiert. Bekanntlich soll eine Konfiskation die Weiterverbreitung des betreffenden Schriftstückes verhindern. In vorliegendem Falle dürfte die Wirkung gegenteiliger Art sein.

Die A.-G. für Papier- und Druckindustrie Leykam-Josefthal in Wien erzielte im Jahr 1895 einen Nettogewinn von 380703 Fl. gegen 438392 Fl. im Vorjahre. 180000 Fl. wurden zu Abschreibungen, 20000 Fl. für die Reserven, 5000 Fl. für den Beamtenunterstützungsfonds, 180000 Fl. als Dividende (3 Proz.) verwendet. Das Mindererträgnis wird der Einführung der Sonnenstrube und dem Stillstande der im Vorjahre durch Erdbeben zerstörten Fabrik Josefthal zugeschrieben.

Verene, Kassen ufm.

Der Bürgermeister Suchsland in Ludenwalde, von seinem Kampfe gegen die Sozialdemokratie in Wurzen bekannt, hat eine Versammlung ohne Rücksicht und Verbieten. Der Veranstalter der Versammlung verklagte ihn dieshalb wegen Schabernack und der Herr Bürgermeister wurde in der That zur Zahlung von 9 Mk. die für Inzerate vorauszahlbar waren, verurteilt, von welcher Strafe ihn auch das Kammergericht, das er angerufen, nicht befreite.

Eine aus drei Mann bestehende Agitationskommission der Schnelber in Leipzig wurde als Verein angehen und daher von ihr Anmeldung der „Versammlungen“ verlangt, um polizeilich eventuell den vierten Mann stellen zu können. Die drei Schnelber bleiben es aber für zweckmäßiger, sich resp. die Kommission aufzulösen.

Der frühere Kassierer des Metallarbeiterverbandes Luther in Düsseldorf wurde wegen Veruntreuung von 400 Mk. Kassenjeldern zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Arbeiterbewegung.

Eine Nachwirkung des Maurerstreiks in Hamburg ist die Verurteilung von drei Maurern. In dem einen Falle befanden die Belastungszeugen, daß der Angeklagte zur Zeit als er sie beschimpft habe in angetrunkenem Zustande gewesen und sie einige Tage darauf um Entschuldigun gebeten habe. Das half aber nichts, das Urteil lautete auf sechs Wochen Gefängnis. Der andere waren sogar drei Monate. In andern Falle lautete die Anklage auf fünf Monate Gefängnis für den einen und drei Wochen für den andern wegen Beleidigung, Bedrohung, verächtlicher Rottung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung. Als besonders erschwerend sah die Anklage die Aeußerung an, es müsse dem Streikbrecher ein Mißlißten an den Hals gehängt und er in die Erde geworfen werden. Uebrig blieb nur Beleidigung, wegen der auf vier Wochen Gefängnis bezw. 25 Mk. Geldstrafe erkannt wurde.

Geforben.

In Berlin am 21. Mai der Seher Ferd. Gehlhaar, 54 Jahre alt — Nierenleiden; am 23. Mai Theodor Kubitzki, 23 Jahre alt — Lungenentzündung; am 28. Mai der Invalld (Seher) Gustav Dedler, 56 Jahre alt — Lungenentzündung; am 1. Juni der Invalld (Seher) Wilhelm Franke, 65 Jahre alt — Bauchentzündung;

Briefkasten.

Sch. in Göttingen: Wir wollen es doch bei dem Versammlungsberichte bewenden lassen und nur ergänzend erwähnen, daß von 40 Mitgliedern 23 anwesend waren und von diesen 12 für und 10 gegen die Resolution stimmten. — R. in Kaitowitz: Bei der Fülle des Stoffes dürfte die Streichung von bloßen persönlichen Wünschen wohl gerechtfertigt sein. — Herrn Hof in Berlin: Es gelangt eine jede Meinung zur Aufnahme, jedoch, soweit sie in Artikeln zum Ausdruck kommen, immer eine nach der andern, wie uns zugesandt. Nur Einwendungen, die durch die Zurückstellung hinsichtlich würden, machen davon eine Ausnahme. In nächster Nummer erhält zunächst Ihr Verbündeter in München das Wort. — B. in Mainz: Wurde, weil weniger von öffentlichem Interesse, wegen

Raummangels zweimal zurückgestellt. — B. in Dresden: Ging für die betreffende Nummer zu spät ein. — R. in Würzburg: 0,90 Mk.

Berichtigung. In dem Protokolle der Gaudvorsteherkonferenz vom zweiten Verhandlungstage muß es unter Damm-Dromberg heißen: In den beiden hiesigen maßgebenden Geschäften ist die Einführung der verkürzten Arbeitszeit sowie die 2 1/2 prozentige Aufbesserung des gewissen Gehelbes in nächster Zeit zu erwarten usw. (Augenblicklich ist die Erhöhung des gewissen Gehelbes bereits teilweise eingeführt.)

Verbandsnachrichten.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer. Sonntag den 21. Juni, vormittags 10 Uhr: Vereinsversammlung in der Bod-Brauerei, Am Tempelhofer Berg. T.-D.: 1. Mittellungen über die Tarifverhandlungen des D. B. V. 2. Aufstellung von Kandidaten zur außerordentlichen Generalversammlung.

Sau Dresden. Gaudvorstandswahl. Abgegeben wurden 606 Stimmzettel, davon waren 12 ungültig. Es erhielten Stimmen: als Gaudvorsteher Herr Wendische 513 (gerisplittet 81), als Stellvertreter Gust. Tschirch 437 (gerisplittet 157). Der Gaudvorstand besteht demnach aus den Kollegen Heinrich Wendische, Gaudvorsteher; Gustav Tschirch, Stellvertreter; H. Steinbrüd, Bernkeller, Otto Warschner, Heinz Richter.

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona. Des Johannistages wegen bleibt die Bibliothek am Samstag dem 21. Juni d. J. geschlossen.

Mittelrhein. Die Wohnung des Gaudvorstehers Ph. Haas befindet sich von jetzt ab Rittersnachtskreul 2, II in Mainz.

Schleswig-Holstein. Als Gaudvorstandsmitglieder wurden gewählt: J. Ehr. Heilmann, Vorsteher (Glücksburgerstraße 52A); Wilh. Schwand, Kassierer (Marienstraße 48); Emil Schmidt, Schriftführer; Th. C. Hummel und D. W. Husfeldt, Beisitzer; G. Knauer und J. P. C. Laban, Revisoren.

Bezirk Hagen. Sonntag den 21. Juni außerordentliche Bezirksversammlung im Lokale des Herrn Sitz in Hagen, Frankfurterstr., nachm. 1/3 3 Uhr. T.-D.: 1. Die Tarifverhandlungen und die augenblickliche Situation. 2. Event. Anträge zur Generalversammlung. 3. Verschiedenes. Besondere Einladung geht den Mitgliedern nicht zu. Wir erjuchen um zahlreiche Beteiligung.

Jena. Die Adresse des Vorsitzenden des Bezirks- und Ortsvereins ist infolge Neuwahl von jetzt an: Adolf Wolf, Jenaer Volksblatt.

Neumünster. Sonntag den 21. Juni, morgens 10 Uhr, Versammlung im Hofsteinhof. Tagesordnung: Stellungnahme zum Tarif usw. Referent Wilh. Schwand-Hensburg. Die umliegenden Druckorte werden erjucht, Delegierte zu entsenden. Auslagen werden vergütet.

Zur Aufnahme hat sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu senden):

In Wien der Seher und Stereotypenverwalter Benzenstaus Klatt, geb. in Wien 1866, ausgel. das. 1886; war früher Mitglied des D. B. V. — K. Metz, Wien, VII, Zieglergasse 25.

Reise- und Arbeitslosen-Unterstützung.

Offen (Ruhr). Das Mitglied Gustav Schoerken hat sein Buch nebst Legitimation (Rheinland-Westfalen 1716) verloren. Beide Papiere werden hiermit für ungültig erklärt. Sch. erjucht ein neues Buch (Rheinland-Westfalen 2171) ausgestellt.

Hagen i. W. Die Herren Reisekasseverwalter resp. Verbandsfunktionäre werden gebeten, dem angeblid auf der Reise nach Kassel befindlichen Seher Albert Geier aus Gehen i. Th. infolge Betruges das Leittungsbuch (Hauptb.-Nr. 29944, Rhld.-Westfalen 2085) abzunehmen und es an den Kassierer Aug. Pingel, Hochstraße 5, zurückzugeben.

Verein Leipziger Buchdrucker- u. Schriftgießergehilfen.

Sonabend den 20. Juni bleibt das Vereinsbüroau des Johannistages wegen von nachmittags 2 Uhr ab geschlossen, ebenio die Bibliothek.

Druckhaltene Seite 25 Bl. Stellen-Angebote, Gesuche und Verzeid. Auslagen bei direkter Zusendung 10 Bl.

Anzeigen.

Belegnummern 6 Bl. — Betrag bei Aufgabe zu entrichten. Offerten ist freimärkte zur Weiterbeförderung beizufügen.

Günstige Gelegenheit

zur Etablierung durch Uebernahme einer kleinen, gut eingerichteten Buchdruckeret mit neuen Schriften, neuen Maschinen usw. in einer kleinen Stadt bei Nürnberg. Der Besitzer muß das Geschäft wegen Krankheit und ungenügender Mittel verkaufen. Auf Wunsch erleichterte Zahlungsbedingungen. Offerten sub A. 1993 an Hansen-Klein & Vogler, A.-G., Frankfurt a. M. [713]

Sofort gesucht ein tücht. Buchdr. zur Leitung einer Filiale in schönem gr. Orte Thür. Ueber 25 Jahre alt u. beste Zeugnisse. Antritt sofort. Derselbe kann sich des Geschäftsinteresses wegen mit 300 bis 500 Mark beteiligen. Offerten umgehend unter B. 50 postl. Tabara in Thür. [791]

Ein tüchtiger **Stereotypen- und Galvanoplastiker** und ein **Revidenzmaschinenmeister** finden dauernde Stellung. Off. mit Gehaltsansprüchen an Th. Schacht, Breslau, Neue Graudenstraße 5. [788]

Suche zum 22. Juni Stelle als

Accidenzseher.

Werte Offerten erbeten an **Haus Lorenzen** Hagen i. W., Elberfelderstraße 39b.

Darmstadt. Samstag den 20. Juni, abds. 9 1/2 Uhr, im Vereinslokale: Mitgliederversammlung. Der Verk. [787]

J. D. Trennert & Sohn
Schriftgießerei und Buchdruck-Utensilien-Handlung
Altona-Hamburg
liefern
kompl. Buchdruckeret-Einrichtungen.

Leipzig, Stadt Hannover
Verkehrshaus der Leipziger Buchdrucker.
Guter bürgerl. Mittagstisch 40 Pf., Abendspeisen nach Auswahl 30 bis 50 Pf. f. Lagerbier 2 Glas 25 Pf., acht Kalmbacher 15 Pf. Wilh. Spiess, Seeburgstr. 3/5. [92]

Verein Leipziger Buchdrucker- und Schriftgießers-Gehilfen.

Sonabend den 20. Juni 1896:

JOHANNIS-FEST

in sämtlichen Räumen des Etablissements Felsenkeller zu L.-Plagwitz bestehend in **Konzert**, ausgeführt von der Kapelle des Herrn Musikdirektor **G. Curtz** und dem Sängerkhor **Klopffholz-Gutenberg**, und **Ball**. Während des Konzerts finden für Kinder **Geldloosziehungen**, **Stechvogel**, **Ballwerfen** usw. mit **Prämienverteilung**, für Herren **Prämienziehungen**, sowie für Damen **Prämienlotterien** statt. Außerdem **Stadtlaternen-Pantomime** für Kinder und **Aufstoßkonfette**. Um 10 Uhr abends (bei günstiger Witterung) **Großes Brillant-Feuwerk**.

Programme für Mitglieder (Herr und Dame) à 50 Pf., für Gäste à 1 Mk., für Extradamen à 25 Pf. sind im Vereinsbüroau in Empfang zu nehmen. **Beginn des Festes 5 Uhr nachmittags.** — Konditionslose **Witalieder** erhalten an der Kasse 2 Mk. **Der Vorstand.** O. Riedel, 1. Vor.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer.

Sonabend den 4. Juli 1896 in der Neuen Welt, Gassenhaide:

Johannisfest

verbunden mit der Feier des dreißigjährigen Bestehens des Verbandes. Anfang 4 Uhr. Die Kaffeeliche ist von 2 Uhr an geöffnet. Ein Liter Milch 70 Pf. Eintrittskarten sind auf der Verwaltung sowie bei dem Kassenboten Herrn **Graumann** zu haben. **Die Veranigungs-Kommission.** [786]

Dresdener Buchdrucker-Verein.

Sonntag den 21. Juni d. J. von nachmittags 3 Uhr an:

Johannisfest

in **Wachwitz** in **Gillies Etablissement** (Dampfschiffhalle). — Die Herren Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierzu freundlichst eingeladen. **Der Vorstand.** [781]

Gutenberg-Verein Würzburg.

Sonntag den 21. Juni findet das diesjährige **Johannisfest** statt, bestehend aus musikalischem Frühjochopen im Vereinslokale, Gartenfest mit Konzert, Gesangsvorträgen und Tanzunterhaltung im **Plagischen Garten**. Die Kollegen der umliegenden Druckorte sind freundlichst eingeladen.

Heilbronn. Samstag den 20. Juni, abends 8 Uhr, feiert die hiesige Mitgliedschaft in den Lokalitäten des **Trappensees** ihr diesjähriges **Johannisfest**. Sämtliche Kollegen der umliegenden Druckorte sind hierzu höflichst eingeladen. [792]

Den Maschinenmeister **Ernst Straub** bittet der Untergelohnete um Angabe seines Aufenthaltsortes. **Eist!** **Herrm. Schumacher, Witten.** [793]

Osterland-Thüringen.

Kollegen! Zu Generalversammlungsvertretern sind von der Mitgliedschaft **Hilburgshausen** vorgeschlagen: **Kühn** in **Wemar**, **Erzgrüß** in **Hilburgshausen** und bittet alle Mitglieder des **Gaues**, diese Vorschläge zu unterstützen. [794]